

Industrieforum

Strategien der Industrie zur Bekämpfung der Inflation

Industriepolitik

Beschäftigung und Wohlstand für Oberösterreich – trotz Krisenzeiten

Industriekonjunktur aktuell

Industrielle Wettbewerbsfähigkeit auf dem Prüfstand

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 69 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien, Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-
STRAUB, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,
Kassier des IWI

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík



Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Georg Knill
Wettbewerb und Innovation gegen
die Teuerung

forum

Strategien der Industrie zur Bekämpfung
der Inflation

Interview:

„Wir haben jetzt Mehrkosten von
150 Millionen Euro.“

Gerald Hackl, CEO bei Vivatis

politik

Volkswirtschaftliche Bedeutung der
Papier erzeugenden Industrie

Qualifikation für die
österreichische Industrie

Interview

„Die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen
wird oft unterschätzt.“

Ingo Bleier, Vorstand Corporate
Banking & Markets Erste Group

Industrie Oberösterreich:
Beschäftigung und Wohlstand für
Oberösterreich – trotz Krisenzeiten

Interview

„Wir müssen diesen enormen
Herausforderungen rasch und fokussiert
begegnen.“

Erich Frommwald, Obmann der
sparte.industrie der WKOÖ

konjunktur

Kommentar zur internationalen
Konjunkturentwicklung

4 FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

Industrielle Wettbewerbsfähigkeit auf dem
Prüfstand

6 Mag. Andreas Mörk 32

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht 34

Gesamtindustrie 35

Bergwerke und Stahl 35

Stein- und keramische Industrie 36

Glasindustrie 36

Chemische Industrie 37

Papierindustrie 37

PROPAK – Industrielle Hersteller von
Produkten aus Papier und Karton 38

Bauindustrie 38

Holzindustrie 39

Lebensmittelindustrie 39

Textil-, Bekleidungs-,
Schuh & Lederindustrie 40

NE-Metallindustrie 40

Metalltechnische Industrie 41

Fahrzeugindustrie 41

Elektro- und Elektronikindustrie 42

Offenlegung, Impressum 42

inhalt 28

Wettbewerb und Innovation gegen die Teuerung

Die Inflation in Österreich muss aktiv bekämpft werden, nur auf sinkende Energiepreise zu setzen, wird nicht ausreichen. Es braucht mehr Wettbewerb und eine Steigerung der Effizienz durch Innovation.

Autor: Georg Knill

Die Teuerungswelle in Österreich verliert zwar ein wenig an Schwung, bleibt aber dennoch vergleichsweise hoch. Im Mai lag die Inflationsrate laut Statistik Austria bei 8,8 Prozent. Im Vergleich dazu betrug die Teuerung im April noch 9,7 Prozent. Von September 2022 bis Februar 2023 lag die Inflation sogar im zweistelligen Bereich. Der Mai-Wert ist zwar der niedrigste seit Juni 2022, in der Eurozone schwächt sich der Preisanstieg allerdings stärker ab. Laut Eurostat, dem Statistikamt der Europäischen Union, stiegen die Verbraucherpreise im letzten Monat im Jahresvergleich nur um 6,1 Prozent.

Es ist höchste Zeit, einen klaren Plan zu verfolgen, um die Inflation nachhaltig einzudämmen. Um die Inflationserwartungen niedrig zu halten und mittelfristig das Inflationsziel von zwei Prozent wie-

Die EZB hat seit der Zinswende im Juli 2022 bereits sieben Mal die Leitzinsen erhöht, insgesamt um 3,75 Prozentpunkte. Volkswirte erwarten, dass auf der nächsten Zinssitzung am 15. Juni eine weitere Erhöhung um einen Viertelprozentpunkt folgen könnte. Die EZB prognostiziert in ihrem aktuellen Inflationsausblick eine Rückkehr zur Zielinflationsrate von zwei Prozent für die Eurozone bis Juli 2025. Ob das gelingt, ist allerdings fraglich: Mehrrundeneffekte durch Lohnerhöhungen und Strukturphänomene wie der Arbeitskräftemangel sowie steigende Kosten durch die inkrementell anwachsende Bepreisung von Umweltverbrauch erzeugen einen anhaltenden Kostendruck. Insbesondere werden die Preise für Dienstleistungen im Gegensatz zu Industriegütern über einen längeren Zeitraum hinweg eine überdurchschnittliche Dynamik aufweisen.

Mehrrundeneffekte durch überhöhte KV-Abschlüsse vermeiden

Aus Sicht der Industrie ist es daher wichtig, Mehrrundeneffekte zu vermeiden, die durch überhöhte Gehaltsabschlüsse, weitere Inflationsabfederungspakete und überbordende Staatsausgaben entstehen. Diese könnten zu einer weiteren Drehung der Preisspirale führen. Die Lohnabschlüsse müssen unter Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbssituation der exportorientierten Industrie angemessen und wirtschaftlich tragbar ausfallen.

Lautstarke Rufe nach der Gießkanne sind kontraproduktiv

In jüngster Vergangenheit werden die Rufe nach Mehrwertsteuersenkungen auf Lebensmittel im Kampf gegen die Teuerung lauter – die Idee da-

Der Wettbewerb ist ein effektives Mittel gegen Inflation, langfristig sogar das bedeutendste. Wettbewerb fördert den Produktivitätsfortschritt.

der zu erreichen, müssen zunächst die Ursachen bekämpft werden. Daher braucht es weitere Zinsschritte der Europäischen Zentralbank (EZB). Aus Sicht der Industriellenvereinigung bis zur Höhe der zu erwartenden Kerninflationsrate. Zudem ist eine Beendigung der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen bis hin zu einer Bilanzverkürzung der EZB notwendig.

hinter ist simpel: die entsprechenden Güter werden billiger, die Menschen spüren unmittelbar einen Effekt. Dennoch sind rasche und einfache Antworten selten die besten auf komplexe Herausforderungen. Eine Senkung der Mehrwertsteuer ist teuer, entlastet mit der Gießkanne und befeuert die Inflation zusätzlich. Oftmals wird in der kurzfristigen Dynamik von den Befürwortern auch übersehen, dass eine Maßnahme, die das Budget derart belastet, auch den zukünftigen Handlungsspielraum einengt und damit notwendige Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur und die grüne Transformation auf der Strecke bleiben könnten. Dies gilt umso mehr, als zu befürchten ist, dass eine zukünftige Bundesregierung kaum die Kraft aufbringen wird, eine solche Senkung wieder zurückzunehmen. Kurzfristige aktionistische Maßnahmen schießen also nicht nur über das Ziel hinaus, sondern bewirken nicht selten auch das Gegenteil der eigentlichen, hehren Absicht.

Zielgerichtete und strukturelle Maßnahmen notwendig

Vielmehr braucht es zielgerichtete Maßnahmen, die denjenigen helfen, die tatsächlich nicht mehr wissen, wie sie alltägliche Kosten stemmen sollen. Rasch und unmittelbar hilft dabei ein Gebührenstopp, wie er bereits auf Bundesebene umgesetzt wurde, dies wäre eine effektive Maßnahme auch für Länder und Gemeinden.

Des Weiteren ist der Wettbewerb ein effektives Mittel gegen Inflation, langfristig sogar das bedeutendste. Wettbewerb fördert den Produktivitätsfortschritt. Dieser schlägt sich wiederum in Form geringerer Stückkosten nieder, von denen durch Preissenkungen sowohl Haushalte als auch Unternehmen profitieren. Zudem impliziert Wettbewerb Weltoffenheit: Wir sollten jetzt alles daran setzen, unsere Position am Weltmarkt zu stärken. Angesichts der Neuordnung der geopolitischen Kräfte am Parkett des Welthandels, gilt es bestehende Partnerschaften mit befreundeten Demokratien zu stärken und neue Partnerschaften aufzubauen. Eine große Chance steckt in einer



Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung

solchen Partnerschaft mit der Mercosur-Region in Südamerika. Wir sollten diese Chance ergreifen, bevor es andere Akteure tun.

Die Innovationskraft spielt ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der Bewältigung der Inflation. Durch Innovationen gelingt es Unternehmen, neue und bessere Produkte auf den Markt zu bringen, sodass das bisherige Angebot im Preis verfällt. Dies ist ein bewährter Mechanismus, der besonders von der Industrie seit Jahrzehnten zum Vorteil der Kaufkraft von Konsumentinnen und Konsumenten praktiziert wird. ■



Strategien der Industrie zur Bekämpfung der Inflation

Während viele EU-Länder die Inflation bereits in den Griff bekommen haben, bleibt die Inflation in Österreich weiterhin auf einem Rekordhoch. Die von der EZB in den EU-Mitgliedsländern angestrebte jährliche Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent liegt in weiter Ferne.

Foto: pixoboy

Die letzten Jahre waren für die heimischen Unternehmen nicht leicht. Sie mussten Szenarien überstehen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären. Pandemie, Lockdowns, Lieferkettenprobleme, Krieg in Europa und schließlich eine Inflation mit Höchstwerten, die man hierzulande zuletzt in den 1970er-Jahren erlebte. Die Teuerung umfasste von Treibstoff über Heizöl bis hin zu Lebensmitteln, Rohstoffen und dringend notwendigen Vorprodukten für die Produktion das gesamte Spektrum. Die hohen Energiepreise brachten besonders die Industrie unter Druck. Ein Standort-Nachteil den die Betriebe im Industriebereich deutlich zu spüren bekamen.

Finanz- und Wirtschaftsexperten prognostizieren, dass uns die Inflation noch längere Zeit begleiten wird. Was die Unternehmen der Industrie – egal ob KMU oder Konzern – vor viele Fragen stellt. Unter anderem: Wo ist es sinnvoll einzusparen? Soll man die Mehrkosten an die Kunden weitergeben? Soll man weiter in den Standort investieren? Die letzten Daten aus den Konjunkturbarometern zeigen: Die Führungskräfte erwarten weiterhin schwere Jahre. Die Teuerungen wirken sich stark auf Produktions- und Logistikkosten

aus. Viele Unternehmer befürchten, dass die Inflation auch in den kommenden Jahren zu den größten Herausforderungen gehören wird. Es braucht also wirksame Strategien der Unternehmen, um gegen die negativen Auswirkungen der Inflation erfolgreich anzukämpfen.

Wirtschaftswachstum bremst sich ein

Auch, wenn die Inflationsrate langsam sinkt – von 11,2 Prozent im Jänner auf 8,8 Prozent im Mai – ist ein Ende der Teuerung nicht in Sicht. Und zur immer noch hohen Inflation kommt heuer auch noch ein schwaches Wirtschaftswachstum dazu, Finanzexperten sprechen hier von Stagflation. Die Europäische Kommission prognostiziert in ihrer letzten Konjunkturprognose, dass die österreichische Wirtschaft 2023 um 0,4 Prozent wächst. In der Winterprognose lag dieser Wert noch bei 0,5 Prozent. Für 2024 wird eine Erholung erwartet: Das heimische Wachstum soll sich dann auf 1,6 Prozent belaufen. Die Inflation bleibt heuer mit 7,1 Prozent auf hohem Niveau und soll erst 2024 auf 3,8 Prozent sinken.

Und auch die heimischen Prognosen sehen nicht besser aus. Das Institut für Höhere Studien (IHS)

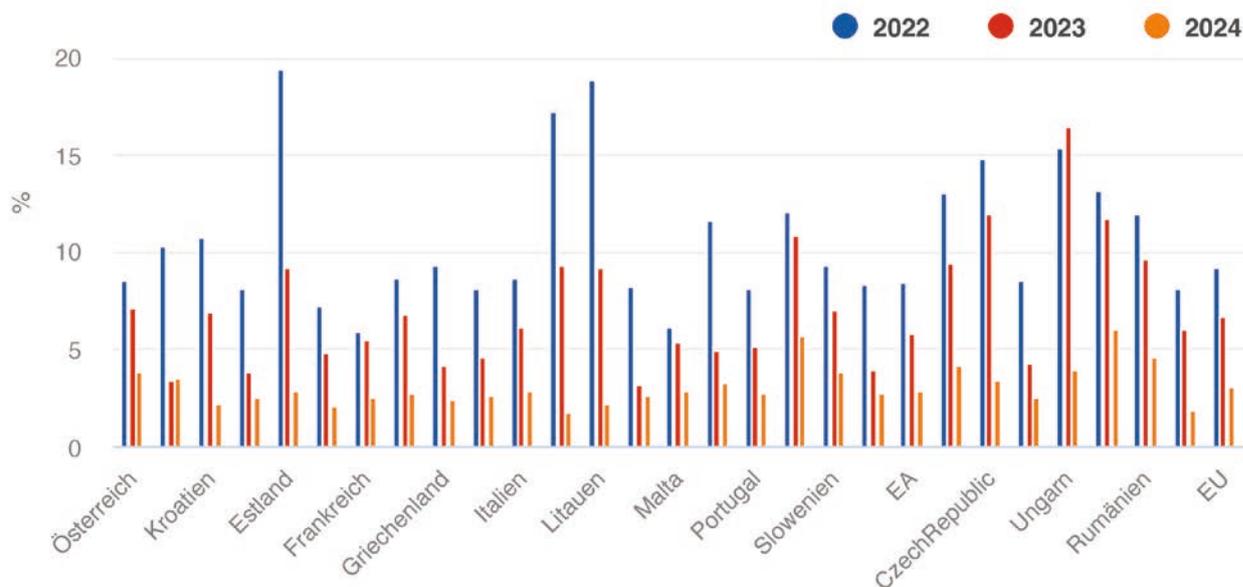
Inflationsrate Österreich

2000 - 2022 (in Prozent)



Economic Forecast - Frühling 2023

2000–2022 (in Prozent)



Quelle: economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys_de

rechnet in seiner aktuellen Konjunkturprognose mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent des BIP, das Wifo sogar nur mit 0,3 Prozent. Geppart mit der weiter hohen Teuerung ist das eine toxische Mischung. Christian Helmenstein, Chef-

„Den Höhepunkt der Inflation haben wir überschritten“, betont auch EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. „Aufgrund der unsicheren Weltlage ist die Prognose jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet. Eine anhaltend hohe Kerninflation könnte die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter belasten. Darüber hinaus können weitere Turbulenzen im Bankensektor oder im Zusammenhang mit umfassenderen geopolitischen Spannungen die Weltwirtschaft vor neue Herausforderungen stellen. Schwierige Finanzierungsbedingungen oder weitere Unsicherheiten in Bezug auf Russland könnten das Wachstum erneut bremsen“, gibt er zu bedenken.

Den Höhepunkt der Inflation haben wir überschritten. Aufgrund der unsicheren Weltlage ist die Prognose jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet.

ökonom der Industriellenvereinigung, warnt jedoch vor Alarmismus. Denn anders als in einem klassischen Stagflationsszenario, steigen die Arbeitslosenzahlen derzeit nicht. Was vor allem auf den Fachkräftemangel und den demografischen Wandel zurückzuführen ist.

Ein Blick nach Deutschland

Wie sieht es nun in unserem Nachbarland aus? Die Industriestaatenorganisation OECD hat ihre Prognose für Deutschland um 0,3 Prozentpunkte gesenkt. Die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt nach den USA, China und Japan, ist damit Schlusslicht aller Industrieländer – nur noch knapp vor Russland. Die OECD traut der deutschen Wirt-

schaft in diesem Jahr allenfalls noch eine Stagnation zu, also kein BIP-Wachstum mehr. Gleichzeitig bleibe die Inflation hoch, so die OECD. Deutschland steckt also in einer Stagflation. Die hohe Inflation schmälert den Konsum und bremst damit die Erholung aus.

Mehrkosten weitergeben?

Die Industrie steht also vor einem Problem, das sich noch lange nicht in Wohlgefallen auflösen wird. Die Kosten für die Unternehmen steigen weiter an. Viele produzierende Betriebe sehen daher keine andere Wahl, als die Preise ihrer Produkte oder Dienstleistungen anzuheben. Dabei besteht natürlich die Gefahr, Kunden zu verlieren, weil man mit der Preisgestaltung nicht mehr konkurrenzfähig ist. In vielen Fällen können die Mehrkosten für Vorprodukte und Rohstoffe aber schlichtweg nicht eins-zu-eins an die Kunden weitergegeben werden. Für den Unternehmer bedeutet das geringere Margen und Ertragslagen. Hier gilt es abzuwägen, welche Strategie dem Unternehmen mehr bringt: Preise erhöhen und damit die Inflationsverluste wettmachen, oder für Kunden besonders attraktiv zu sein, indem man auf Teuerungen verzichtet. Welche Variante langfristig sinnvoller ist, ist von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich und auch branchenabhängig.

Gerald Mayer, Vorstandsvorsitzender der AMAG hat seinen Weg gefunden: „Nach einem insgesamt herausragenden Jahr 2022 hat sich seit dem vierten Quartal 2022 eine Verlangsamung in der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Industrien eingestellt. Mit unserem breiten Portfolio, bestehend aus über 5.000 Produkten, und unserer Flexibilität in der Produktion werden wir auch künftige Herausforderungen bewältigen.“ Die wesentlichen Herausforderungen liegen laut Mayer weiter in Versorgungsunsicherheiten und in den nach wie vor hohen Kosten im Bereich der Energie, den Teuerungen und auch in gestiegenen Lohnkosten in Kombination mit einer Abschwächung der Wirtschaft. „Durch konsequente Preissicherungen bei Metall und Energie erhalten wir eine optimierte und planbare Kostenbasis. Gestiegene Kosten



Trotz eines sehr erfolgreichen Geschäftsjahres drücken Mehrkosten durch Teuerungen auf die Laune bei der AMAG.

müssen wir jedenfalls an unsere Kunden weitergeben“, betont Gerald Mayer.

Kosten unter Kontrolle

Für Wienerberger war das erste Quartal 2023 geprägt von herausfordernden makroökonomi-



Wienerberger ist es gelungen, entgegen den rückläufigen Endmärkten organisch zu wachsen.



Die voestalpine AG investiert rund 1,5 Milliarden Euro in die Errichtung von zwei Elektroöfen. Ab 2024 soll mit dem Bau begonnen werden.

schen Rahmenbedingungen. Trotz teilweise starker Rückgänge in den Absatzmärkten konnte Wienerberger im ersten Quartal 2023 jedoch einen stabilen Konzernumsatz von 1.052 Mio. Euro (Q1 2022: 1.157 Mio. Euro) erzielen. „Im ersten Quartal 2023 ist es uns eindrucksvoll gelungen, ent-

Investitionen trotz Krise gelten nach wie vor als Erfolgsrezept. Klar ist aber auch, dass es immer schwieriger wird, diese auch zu tätigen.

gegen unseren rückläufigen Endmärkten organisch zu wachsen. Dank der Kombination aus unserem ausgezeichneten Kostenmanagement und unserer effizienten Einkaufspolitik konnten wir der gestiegenen Kosteninflation erfolgreich begegnen und die Profitabilität trotz rückläufiger Nachfrage auf hohem Niveau halten. Dies ist ein Indikator dafür, dass die Wienerberger Gruppe in der Lage ist, sich an veränderte Marktbedingungen erfolg-

reich anzupassen und untermauert die Resilienz unseres Geschäftsmodells“, so Wienerberger Vorstandsvorsitzender Heimo Scheuch.

Gestiegene Leit- und Kapitalmarktzinsen

Kapitalmarktzinsen sind ein Inflationsindikator und genau diese langfristigen Zehnjahres-Kapitalmarktzinsen sind laut Finanzexperten bereits davon galoppiert. Nun werden die kurzfristigen Leitzinsen erhöht, um die Inflation zu bekämpfen. Die angelsächsischen Länder und europäischen Länder außerhalb der Euro-Zone haben das wesentlich früher getan als die Europäischen Zentralbank (EZB). Letztlich hatte auch die EZB keine andere Wahl, als den Leitzins anzuheben. Da sich die Inflation in Europa und Amerika als hartnäckiger als zunächst erwartet erweist, wird keine Umkehr des Zinserhöhungszyklus der Zentralbanken dies- und jenseits des Atlantiks erwartet.

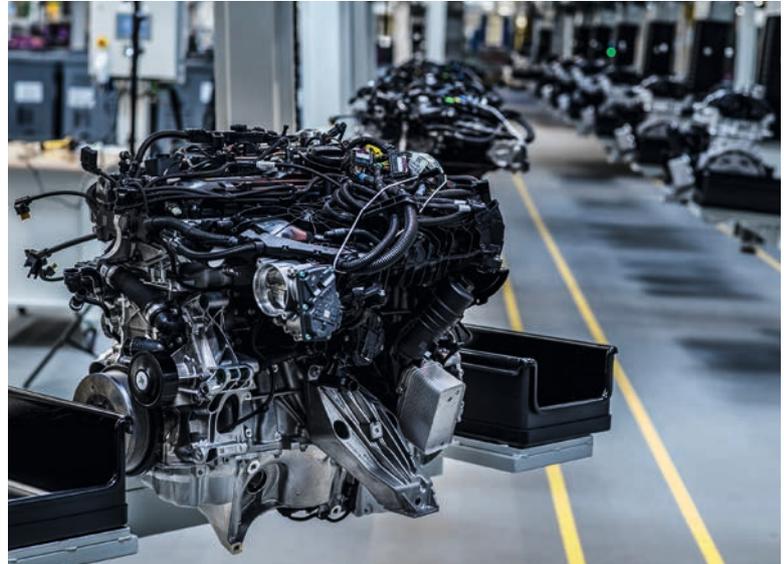
Damit sich aber auch KMUs in Zukunft noch Kredite leisten können, ist etwa die Verlängerung von Kreditlaufzeiten ein effektives Mittel. Die Anhebung des kurzfristigen Leitzinses werden Unternehmen, die über Eigenkapital und Liquidität verfügen, wesentlich weniger wahrnehmen. Gestiegene Kapitalmarktzinsen spüren hingegen auch gut aufgestellte Unternehmen. Die Forschungsprämie hilft natürlich auch, Unternehmen zu animieren, einen Teil des Umsatzes in Forschung und Entwicklung zu stecken. Gerade bei F&E sollte nicht eingespart werden, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein.

Investitionen sichern den weiteren Erfolg

Investitionen trotz Krise gelten nach wie vor als ein Erfolgsrezept. Klar ist aber auch, dass die Investitionen immer schwieriger zu tätigen werden. Gehobene Leitzinsen spüren etwa die Unternehmer, die einen Kredit aufnehmen, an den Kreditzinsen. Große Betriebe wie die voestalpine planen Jahre im Voraus und bleiben bei ihrer Strategie – ein Konzept, das aufgeht, wenn man einen Blick auf die Bilanzen wirft. Der voestalpine-Kon-

zern hat im Geschäftsjahr 2022/23 die Robustheit seiner Unternehmensstrategie bewiesen. „In einem ausgesprochen bewegten Umfeld – vom Krieg in der Ukraine über die hohe Inflation und die steigenden Zinsen bis hin zu Lieferkettenproblemen und den stark gestiegenen Energiekosten – konnte die voestalpine das beste Ergebnis ihrer Konzerngeschichte erzielen“, so Herbert Eibensteiner, CEO voestalpine AG. „Die Nachfrage nach unseren hochqualitativen Produkten war in diesem äußerst volatilen Umfeld relativ stabil. Wir konnten neuerlich Rekordwerte bei Umsatz und Ergebnis erreichen und haben die niedrigste Verschuldung seit 16 Jahren. Somit sind wir auf die Herausforderungen und die Investitionen, die vor uns liegen, gut vorbereitet.“ Mit der Genehmigung der Investition von 1,5 Mrd. Euro für greentec steel durch den Aufsichtsrat der voestalpine AG im März 2023 wurde heuer ein wichtiger Meilenstein für die Zukunft des Konzerns gesetzt.

Eine Strategie, die auch BMW verfolgt. Trotz des weltweit volatilen Umfelds konnte die BMW Group so ein äußerst stabiles Ergebnis erzielen. „2022 war in mehreren Bereichen für uns erneut ein herausforderndes Jahr – aber letztendlich auch sehr erfolgreich“, kommentiert Christian Morawa, CEO von BMW Austria. Mit einem Umsatz von mehr als 3,6 Milliarden Euro (im Vorjahr 3,4 Milliarden Euro) konnte ein signifikantes Wachstum von 8,7 Prozent realisiert werden. Im Jahr 2022 wurden in Steyr mehr als 1,1 Millionen Motoren produziert (+2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Die Investitionsschwerpunkte lagen im Vorjahr auf dem Aufbau der künftigen Produktionsstätten für E-Antriebe. So zum Beispiel auf dem Bau von



Durch Investitionen in Milliardenhöhe sichert BMW Österreich nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts in Oberösterreich.

zwei Hallen mit insgesamt 60.000 Quadratmetern Produktionsfläche. Zudem wurde bereits ein Großteil der insgesamt über dreihundert Maschinen und Anlagen für die Produktion der E-Antriebe bestellt. Am Entwicklungsstandort wurde ebenfalls umfangreich in den Aufbau neuer Kapazitäten

Trotz einem sehr bewegten Umfeld hat sich die voestalpine AG auf zukünftige Herausforderungen und Investitionen gut vorbereitet.

Entwicklung Inflationsrate 2023*

Jänner	11,20%
Februar	10,90%
März	9,20%
April	9,70%
Mai	8,80%

*Die Inflationsrate der vergangenen zwölf Monate lag bei 9,96 %.
Quelle: finanzrechner.at/statistik/inflation

im Bereich E-Mobilität investiert. Auch hier werden umfassende Umbauarbeiten, vor allem im Bereich der Prüfstände, vorgenommen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr allein in Sachanlagen – zum Beispiel in Maschinen und technische Anlage –, rund 210 Millionen Euro investiert. Ein Bekenntnis zur Zukunft am Standort Steyr. ■

Autorin: Herta Scheidinger

„Wir haben jetzt Mehrkosten von 150 Millionen Euro“

Gerald Hackl, CEO bei Vivatis, spricht im Interview über die hohe Inflation und die Folgen für die Lebensmittelindustrie, Preisvergleiche mit Deutschland und den anhaltenden Arbeitskräftemangel.



Herr Hackl, wie hat sich die Inflation im letzten Jahr auf Vivatis und die Lebensmittelbranche ausgewirkt?

Gerald Hackl: Schon die Pandemie war für die Lebensmittelindustrie eine Herausforderung, denn viele Geschäftsbereiche wie etwa die Gastronomie sind weggebrochen. Mit dem Krieg in der Ukraine sind die Preise für Energie und Rohstoffe massiv gestiegen. Damit haben sich Grundstoffe der Lebensmittelindustrie wie z. B. Getreide, Mehl, Speiseöl und Freiland Eier extrem verteuert. Hinzu kam, dass mit der enorm gestiegenen Inflation auch die Löhne und Gehälter deutlich zugelegt haben. Hatten wir in den Jahren vor der Inflation als Vivatis-Gruppe jährliche Mehrkosten von im Durchschnitt 10 bis 15 Millionen Euro, so sind es jetzt 150 Millionen Euro. Diese Mehrkosten müssen wir an die Verbraucher weitergeben. Natürlich haben wir versucht auch intern Kosten einzusparen, aber solche Beträge lassen sich nicht mehr ohne Preissteigerungen kompensieren. Wenn die Preise für Energie und Rohstoffe wieder sinken, werden wir das natürlich an die Verbraucher weitergeben. Die gesamte Branche will niedrigere Preise anbieten, kann es derzeit aber nicht.

Ist die Lebensmittelindustrie nicht der große Profiteur der aktuellen Preissteigerungen?

Die Politik und auch die Konsumentenvertretungen stellen das gerne so dar, aber es stimmt einfach nicht. Ganz im Gegenteil: Auf der einen Seite steigen die Produktionskosten, somit sinken die Margen, und auf der anderen Seite sinken die Absatzmengen. Letztendlich brechen unsere Gewinne ein, obwohl die Umsätze steigen. Aber die heimische Politik diskutiert Maßnahmen wie etwa Preisdeckel für einzelne Lebensmittel oder verabschiedet Maßnahmen wie etwa eine Transparenzdatenbank. Das sind übrigens alles nur Maßnahmen, die die heimische Lebensmittelbranche treffen, aber nicht die internationalen Konzerne mit Milliardenumsätzen, denen kleine Märkte wie etwa Österreich völlig egal sind.

Die Inflationsrate lag im Mai bei 8,8 Prozent, zuvor bei 9,7 Prozent. In andern EU-Mitgliedsstaaten ist sie niedriger. Wurde hier etwas falsch gemacht?

Im Lebensmittelbereich sind die Preise bei uns deutlich später gestiegen. Viele europäische Länder hatten bereits früher deutlich höhere Preise und Inflationsraten. Nachdem wir die Preise später erhöht haben, gibt es nun einen gewissen Nachzieheffekt. Durchschnittlich gibt ein Haushalt etwa zehn Prozent des Einkommens für Lebensmittel aus. Wohnkosten wie Miete und Energie machen den Großteil des Haushaltseinkommens aus. Auch für Freizeit und Urlaub wird viel Geld ausgegeben und auch hier sind die Preise extrem gestiegen. Doch während über steigende Lebensmittelpreise geklagt wird, werden deutlich teurere Reisen ohne Murren gebucht. Hinzu kommt, dass die Österreicherinnen und Österreicher eine Million Tonnen Lebensmittel pro Jahr in den Müll werfen. Das entspricht etwa 50.000 Lkw-Ladungen wertvoller Nahrungsmittel. Im Schnitt wirft also jeder Haushalt in Österreich Lebensmittel im Wert von 1.000 Euro pro Jahr weg, aber gleichzeitig beklagt man sich, dass ein Packerl Milch um 20 Cent teurer wurde.

Unsere Lebensmittelpreise werden oft mit Deutschland verglichen. Warum sind die dort so viel billiger?

Deutschland hat eine andere Topografie und hat zudem im Handel eine völlig andere Struktur. Zudem gibt es im heimischen Handel deutlich mehr Aktionen. Deutschland hat in etwa 15 Prozent an Aktionen, wir in Österreich zwischen 30 und 40 Prozent. Das wird beim Vergleich nicht berücksichtigt. Stattdessen werden nur die Listenpreise verglichen. Diese Vergleiche sind völlig verzerrt und sind mehr Desinformation als Information.

Würde eine Befreiung der Lebensmittel von der Mehrwertsteuer etwas ändern?

In Österreich gibt es etwa 200.000 Menschen, die sich das Leben nicht mehr leisten können. Hier ist staatliches Handeln gefragt. Eine Senkung der Umsatzsteuer ist für mich aber der falsche Weg. Nach dem Gießkannenprinzip würden damit wieder alle Bürger unterstützt werden, auch die Besserverdiener, die es gar nicht notwendig haben. Schon der Klimabonus hat gezeigt, dass solche

Maßnahmen sehr teuer sind, aber gerade jenen Menschen wenig bringen, die Unterstützung wirklich brauchen würden. Außerdem ist unklar, ob diese Maßnahme tatsächlich an die Verbraucher im vollen Umfang weitergegeben würde. Meiner Meinung nach wäre es besser, wenn der Staat den Menschen an der Armutsgrenze einen zeitlich begrenzten Zuschuss gewähren würde. Hier liegt die Verantwortung beim Staat, die richtigen Maßnahmen zu setzen.

Erstaunlich ist, dass besonders die Eigenmarken der Lebensmittelhändler sich besonders verteuert haben?

Eigenmarken sind gegenüber Markenartikel günstiger, daher ist der proportionale Anteil am gestiegenen Verkaufspreis spürbar höher. Kostet ein Produkt einer Eigenmarke einen Euro und steigt der Preis um 20 Cent, dann ist das eine Preissteigerung von 20 Prozent. Kostet ein vergleichbares Produkt eines Markenherstellers zwei Euro und der Preis steigt um 20 Cent, dann ist das eine Preissteigerung von zehn Prozent. Deswegen heißt es dann, dass die Preise bei den Eigenmarken so stark gestiegen sind. Fakt ist aber, dass allgemein die Spannen geringer sind und wir alle weniger

Wir durchleben derzeit schwierige Zeiten, aber ich bin optimistisch und glaube daran, dass wir diese Herausforderungen meistern werden.

verdienen. Aber die zahlreichen Preissteigerungen müssen wir weitergeben. Denn auch wir als Lebensmittelproduzent müssen etwas verdienen dürfen, damit wir reinvestieren können, in Anlagen, in Technologie, in Innovation und in das Personal.

Hat die hohe Inflation das Konsumverhalten der Verbraucher verändert?

Die Konsumenten sind bei Lebensmitteln sparsamer geworden. Zudem wird derzeit verstärkt zu den günstigeren Eigenmarken des Lebensmittelhandels gegriffen. Es geht uns aber noch immer gut und wir müssen lernen damit umzugehen, dass es halt nicht immer nur nach oben geht.

Was hätte man im Rückblick besser machen können, um die Inflation schon im Vorfeld deutlich einzudämmen?

In der Schweiz, Spanien und Portugal wurden die Energiekosten durch Subventionen niedrig gehalten, was die Inflation deutlich gebremst hat. Doch der Blick zurück hilft uns heute nicht weiter. Der Staat muss nun Maßnahmen ergreifen, um Menschen, die sich das Leben nicht mehr leisten können, direkt zu unterstützen.

Gefährden die Lieferkettenproblematik und der Rohstoffmangel nicht auch den Standort Österreich im Bereich der Lebensmittelindustrie?

Als österreichisches Unternehmen, das zu 100 Prozent in österreichischer Hand ist, verarbeiten wir, soweit möglich, österreichische Rohstoffe in einer Menge von über 100.000 Tonnen pro Jahr. Diese Rohstoffe sind verfügbar. Jedoch können wir nicht alle Produkte abdecken, wie zum Beispiel Speiseöle. Die müssen wir teuer aus dem Ausland zukaufen.

Haben nicht auch die Lohnerhöhungen zu einer deutlichen Entlastung der Haushalte geführt?

Natürlich ist es wichtig, die Preissteigerungen auch durch Lohnerhöhungen auszugleichen. Das ist natürlich auch im Sinne unserer 3.500 Mitarbeiter. Allerdings führen Lohnerhöhungen zu steigenden Kosten, die wir dann weitergeben müssen. Dreht sich die Lohn-Preis-Spirale weiter, ist das natürlich kritisch. Besser wäre es, die Lohnnebenkosten zu senken. Das würde nicht nur die Inflation einbremsen, sondern könnte auch beim Arbeitskräftemangel einen großen Beitrag leisten. Grundsätzlich ist aber eine Arbeitsmarktreform anzudenken, um Arbeit wieder einen Wert zu geben. War man früher

stolz, einen Job zu haben, steht heute nur noch das Thema Arbeitszeitverkürzung im Raum.

Die Vier-Tage-Woche ist also aus ihrer Sicht kein Zukunftsmodell?

Was wollen die Menschen mit dieser vielen Freizeit machen? Bei uns gibt es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die froh und stolz sind zu arbeiten. Aber um mehr Menschen, insbesondere Frauen Vollzeit in den Job zu bringen, muss man endlich das Thema Kinderbetreuung aktiver angehen. Gerne wird auch übersehen, dass viele Menschen auch mehr arbeiten wollen, um auch mehr zu verdienen. Aber nachdem unser System Überstunden quasi bestraft, lohnt sich das nicht. Mehrarbeit muss sich wieder lohnen.

Österreich ist als Industriestandort recht teuer. Wie sehr muss man ausländische Konkurrenz fürchten?

Der Standort Österreich bietet zahlreiche Vorteile, insbesondere hinsichtlich der Stabilität, die für uns von großer Bedeutung ist. Allerdings ist die Produktion hier sehr teuer. Dies hat verschiedene Gründe, wie beispielsweise die Topografie und unsere kleinteilige Struktur. Zudem gehören wir zu den Ländern mit den höchsten Lohnkosten in Europa, was uns natürlich vor Herausforderungen stellt. Eine Entlastung sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer ist hier dringend erforderlich. Wir stehen im Wettbewerb mit internationalen Konkurrenten, die Preise anbieten, mit denen wir nie mithalten können. Zudem erhalten wir immer wieder Angebote von Unternehmen, die sich in den Markt einkaufen möchten. Wenn wir jedoch in der gesamten Wertschöpfungskette präsent sein wollen, benötigen wir Rahmenbedingungen, die uns wettbewerbsfähig halten. Wir setzen auf Differenzierung, beispielsweise durch Regionalität, Qualität und Innovation. Diese Merkmale sind in Österreich und auch über die Grenzen hinweg bekannt.

Lebensmittel sind ein strategisch wichtiges Thema. Man muss ja seine eigene Bevölkerung ernähren können. Wie weit darf man sich hier abhängig machen?



Auch die Lebensmittelproduzenten müssen etwas verdienen dürfen, um in Anlagen, in Technologie, in Innovation und in das Personal zu reinvestieren.

Während der Pandemie wurde deutlich, dass wir die österreichische Bevölkerung zuverlässig versorgen können. Als Österreicherinnen und Österreicher möchten wir jedoch auch wissen, woher unsere Produkte stammen. Lebensmittel sind etwas sehr Emotionales. Wir legen Wert auf hohe Qualität bei dem, was wir essen und trinken. In der EU gibt es große Lebensmittelfabriken, insbesondere im Milchbereich, wo Kühe kaum noch Menschen sehen. Wir bevorzugen es jedoch, Kühe auf schönen Almen zu sehen. Dafür sind wir auch bereit, etwas mehr zu bezahlen. Leider sind wir manchmal gezwungen, internationale Lieferanten einzubeziehen, um niedrigere Preise anbieten zu können.

Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung der Preise ein?

Wir durchleben derzeit schwierige Zeiten, aber ich bin optimistisch und glaube daran, dass wir diese Herausforderungen meistern werden. Die Inflation wird voraussichtlich in diesem Jahr hoch bleiben, aber ab 2024 erwarte ich eine Abnahme und eine Rückkehr zur Normalität. Das Niveau vor der Ukraine-Krise werden wir dennoch nicht mehr erreichen. Wir müssen lernen, damit umzugehen. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass ein stärkeres Bewusstsein für die Lebensmittelbranche und den Wert von Lebensmitteln entsteht. ■

Autor: Stephan Scoppetta



Die rund 7.700 Beschäftigten der Papierindustrie sichern österreichweit rund 23.700 weitere Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette ab.

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Papier erzeugenden Industrie

Die österreichische Papierindustrie ist durch die Verankerung in der heimischen Wirtschaft und ihre beachtlichen gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoreffekte ein elementares Element der heimischen Volkswirtschaft, wie eine aktuelle Studie des Industriegewissenschaftlichen Instituts bestätigt.

Die Unternehmen der Austropapier sind intensiv mit ihren vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen vernetzt bzw. am Wirtschaftsstandort tief verwurzelt. Sie fungieren einerseits als Lieferant wichtiger Grundstoffe, während sie auf der anderen Seite eine Vielzahl an Vorleistungen benötigen.

Die Leistungskraft der Unternehmen der Austropapier wird durch die Ergebnisse einer gesamtwirtschaftlichen Modellrechnung des Industriegewissenschaftlichen Institutes (IWI) unterstrichen: Die durch den laufenden Betrieb im Jahr 2022 gesamtwirtschaftlich in Österreich ausgelösten Umsatzerlöse belaufen sich auf 10,25 Mrd. Euro. Das Ausmaß der direkt, indirekt und induziert generierten Wertschöpfung beträgt 2,68 Mrd. Euro. Insgesamt sichern die 23 Betriebe mit ihren rund 7.700 Beschäftigten österreichweit 23.700 Arbeitsplätze ab, was in etwa der Einwohnerzahl der Stadt Amstetten entspricht.

In Summe betragen die gesamtwirtschaftlich durch die Unternehmen der Austropapier generierten Fiskal- und Sozialbeitragseffekte 815,6 Mio. Euro,

was höher ist als das veranschlagte Budget des Jahres 2022 der österreichischen Bundesregierung für Forschung in den Bereichen Wirtschaft sowie Innovation und Technologie.

Wirtschaftliche Einheiten wie die Unternehmen der Austropapier können nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind systemorientiert im Sinne der kompletten Wertschöpfungskette zu erfassen. Die Unternehmen der Austropapier sind Teil der Wertschöpfungskette Forst-Holz-Papier, welche nicht vor (Bundes)Ländergrenzen oder anderen Branchen Halt macht, sondern intersektoral vernetzt ist, u.a. mit produktionsnahen Dienstleistungen.

Die Hebelwirkung der Unternehmen der Austropapier ist bemerkenswert: Zu jedem erwirtschafteten Wertschöpfungseuro des Samples werden österreichweit weitere 1,17 Euro an Wertschöpfung generiert. Jede:r Mitarbeiter:in eines Unternehmens der Austropapier sichert mehr als zwei weitere Arbeitsplätze in Österreich ab. Somit weisen die Unternehmen der Austropapier im Durchschnitt höhere Multiplikatoren auf, als die Industrie insgesamt.¹ Dies liegt u.a. an den weitgehenden Ver-

flechtungen mit anderen Unternehmen bzw. Branchen, welche arbeitsintensive Tätigkeiten durchführen sowie an dem vergleichsweise geringen Importgehalt des Bezuges von Holz und Papier. Dadurch verbleibt ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung im Inland.

Aufgrund der komplexen wirtschaftlichen Verlinkungen muss insbesondere darauf Bedacht genommen werden, dass politische Entscheidungen oder externe Einflussfaktoren Wirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette haben. In einer derart vernetzten interdependenten Wertschöpfungsökologie tangiert eine Veränderung auf der einen Seite der Wertschöpfungskette ebenso die Unternehmen an der anderen Seite der Kette.

Speziell für Unternehmen der energieintensiven Industrie, wie jene der Austropapier, stellen Energie und deren Versorgungssicherheit eine übergeordnete Rolle dar. Aktuell ist das Thema hochgradig akut, was auf mehrere Einflussfaktoren zurückzuführen ist, wie bspw. die hohen Energiepreise sowie die Energiewende. Verschärft wird die Situation durch den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine. Zudem, 80 Prozent der Unternehmen können die Entwicklung der Kostensituation nicht an ihre Kunden weitergeben.

In Anbetracht dessen müssen politische, wie auch wirtschaftliche Maßnahmen sorgfältig gewählt werden, um eine Gefährdung der mit den energieintensiven Unternehmen verbundenen Arbeitsplätzen, Investitionen sowie Wertschöpfung in Österreich zu verhindern. Daher gilt es die Konkurrenzfähigkeit von energieintensiven Unternehmen aufrechtzuerhalten und optimale politischen Rahmenbedingungen zu gestalten.

Durch ihre Verankerung in der heimischen Wirt-

schaft sind die Unternehmen der Austropapier, nicht zuletzt aufgrund ihrer beachtlichen gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoreffekte, ein grundlegendes Element in der heimischen Volkswirtschaft. Die Unternehmen können auch zukünftig ein Grundpfeiler der Industrie sein, Wertschöpfung generieren und Arbeitsplätze in Österreich sichern. ■

Peter Luptačik ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI)

¹ Generell ist beim Vergleich von Branchenmultiplikatoren Vorsicht geboten, denn tendenziell kann angenommen werden: Je geringer der betrachtete Wirtschaftsausschnitt, desto höher die Vernetzung außerhalb der Unternehmensgruppe und desto höher sind die Multiplikatoren. Zudem spielt naturgemäß die Branchenzusammensetzung der Samples eine entscheidende Rolle. Ebenso können sich Multiplikatoren über die Zeit leicht verändern, da Unternehmen vormals noch zugekaufte Güter bzw. Leistungen selber produzieren bzw. durchführen, wodurch direkte Effekte zunehmen zu Lasten indirekter Effekte. Änderungen in der Vorleistungsstruktur bspw. hinsichtlich Importgehalten wirken sich in weiterer Folge ebenso auf die Multiplikatoren aus.

Volkswirtschaftliche Effekte der Austropapier Unternehmen



Anm.: Rundungsdifferenzen möglich. Auswertung nach ÖNACE 2008. Input-Output-Tabelle 2019. Output-zu-Output-Modell des IWI. Quelle: IWI-Berechnungen (2023) auf Basis der Statistik Austria, Input-Output-Tabellen sowie Austropapier.

Qualifikationen für die österreichische Industrie

Europas Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit hängen von einer soliden wirtschaftlichen Basis sowie einer auf Wissen und Innovation gestützten Entwicklung ab.

Speziell für Industrieländer mit hohem Pro-Kopf-Einkommen sind die wirtschaftliche Struktur, die institutionellen Rahmenbedingungen und Investitionen in die Bestimmungsgrößen des langfristigen Wachstums wie Innovation und Qualifikation (Aus- und Weiterbildung) wichtig. Für eine (künftig) wettbewerbsfähige EU-Region und damit wirtschaftlich erfolgreiche EU-Mitgliedsstaaten braucht es starke Unternehmen, die in Netzwerken zwischen verschiedenen unternehmensgrößenspezifischen Gruppen arbeiten und von Wechselwirkungen gekennzeichnete Wertschöpfungs-systeme ausbilden. Das Umfeld, in dem sich Unternehmen/Unternehmensnetzwerke bewegen, ist ständigen Veränderungen ausgesetzt, deren Verständnis und Beherrschung zentral ist für ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Fachkräftemangel in wichtigen Teilen der österreichischen Wirtschaft

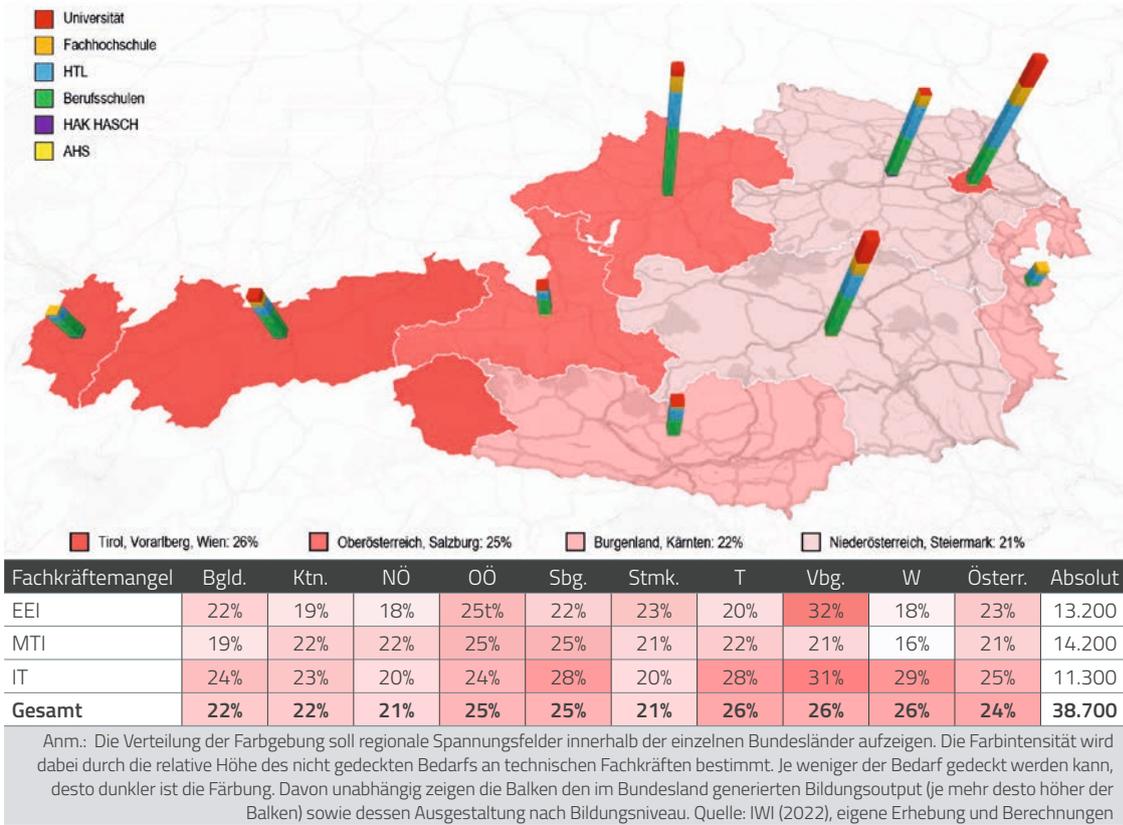
Eine aktuelle Untersuchung des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI), welche repräsentative Unternehmensberatungen beinhaltet, unterstreicht, dass der technische Fachkräftemangel ein quantitatives Phänomen aufgrund zu geringer Absolventenzahlen ist. Dies wird durch regionale Disparitäten verstärkt. Die unzureichende Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal hat zur Folge, dass in ausgewählten und zahlenmäßig wichtigen Segmenten der heimischen Wirtschaft – konkret die Elektro- und Elektronikindustrie (EEI), die Metalltechnik (MTI) sowie Elektrotechnik sowie IT- und Informationsdienstleistungsunternehmen (UBIT) – aktuell 38.700 bis 40.400 zusätzlich benötigte Stellen nicht besetzt werden können. Die Mangelsituation wird sich durch Faktoren wie den demographischen Wandel mittel- bis langfristig unvermeidlich weiter verfestigen, wodurch sich die Lücke auf 61.100 bis 63.400 vergrößert. Umso dringlicher ist eine

Sicherstellung der bedarfsgerechten Ausrichtung des heimischen Bildungsoutputs. Dies umfasst sowohl die inhaltliche Ausrichtung der Lehrinhalte als auch eine generelle Erhöhung der Absolventenanzahl. Auf beiden Ebenen offenbart sich Handlungsbedarf.

In der EEI entfallen 40 % des derzeitigen Mangels (bzw. rund 4.700 erforderliche Fachkräfte) auf die Kernbereiche Elektronik und Elektrotechnik. In der MTI ist dieser Trend nochmalig deutlicher erkennbar; etwa die Hälfte aller zusätzlichen Mitarbeiter (bzw. rund 7.300 weitere Fachkräfte) wird in den Kernbereichen Metalltechnik sowie Elektrotechnik benötigt. Zudem führt der digitale Wandel dazu, dass in beiden Industrien ein hoher zusätzlicher Bedarf an IT-Fachkräften besteht (EEI: rund. 1.000; MTI: rund. 1.200). Den UBIT selbst fehlt es aktuell vorwiegend an zusätzlichen Mitarbeiter mit Kompetenzen im Bereich Software Engineering & Web Development (rund 40 % bzw. 4.500). Es mangelt demnach hauptsächlich an entscheidenden Kompetenzen zur Verrichtung des Kerngeschäfts und damit verbunden dem Erhalt der Marktsituation.

Es zeigt sich außerdem, dass der Mangel durch eine branchenübergreifende Schnittmenge, wie im Falle der Elektrotechnik; charakterisiert ist. Zusätzlich verschärft wird die Lage durch diese Konkurrenzsituation zwischen einzelnen (Industrie-)Branchen auch im Falle der Informationstechnologien, welche für die erfolgreiche Durchführung weiterer Digitalisierungsbestrebungen von zentraler Bedeutung sind. Basierend auf den Angaben der EEI, MTI und UBIT wird der aktuelle in der gesamten Wirtschaft bestehende Mangel an IT-Fachkräften mit 25.690 bis zu 27.765 beziffert. Zudem offenbaren sich Schwächen beim Angebot von Zukunftstechnologien wie Automatisierung & Artificial Intelligence und IT-Systems & Security.

Technischer Kompetenzoutput und Spannungsfelder des technischen Fachkräftemangels nach Bereichen in Regionen (Untergrenzen)



Die Unternehmen können das System nicht alleine stemmen

Der Handlungsspielraum der Unternehmen ist aktuell nur bedingt gegeben, um diese Hürden alleine kompensieren zu können. Besonders dringlich ist das Erreichen einer ausreichenden Quantität im Bereich der Lehre; hier ist die Verfügbarkeit über die untersuchten Industrien kaum in ausreichendem Ausmaß gegeben. Auch das heimische HTL-Wesen als wichtiger Qualifikationsoutput und Standortvorteil kann ohne Erhöhung der Absolventenanzahl nicht sein volles Potential entfalten. Eine Attraktivierung von MINT-Ausbildungen und Berufen sowie entsprechende Adaptionen auf bildungspolitischer Ebene erscheinen vor dem Hintergrund der in den Modellrechnungen prognostizierten Dynamik dringend gegeben. Die prognostizierten Zahlen unterstreichen, dass akuter Handlungsbedarf besteht. Sollten nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Prognose eintritt und der Fachkräftebedarf weiter zunimmt und damit auch erheblicher Druck auf die Unternehmenssubstanz am Standort. Die Unternehmen selbst sprechen sich einstimmig für die

Dringlichkeit einer Vielzahl an notwendigen Maßnahmen aus, darunter u.a. eine Hebung des Potenzials weiblicher Fachkräfte, praxisnahe Regelwerke zur Akquise ausländischer Fachkräfte oder die Sicherstellung einer breitenwirksamen Vermittlung technischer wie digitaler Grundkompetenzen.

Die angewandten Technologien, Produkte und Dienstleistungen der untersuchten Industrien sind Triebfedern des Strukturwandels und der Erneuerung am Standort bzw. Erfolgsfaktor für internationalen Erfolg. Die Unternehmen benötigen neben Kapital auch und v. a. den Input von Arbeitskräften. Stehen die notwendigen Kompetenzen in Österreich zukünftig nicht ausreichend zur Verfügung, dann gehen Wettbewerbsfähigkeit und sohin Wirtschaftskraft, Beschäftigung und Wohlstand verloren. In diesem Sinne hat ein modernes, nachfrageorientiertes Aus- und Weiterbildungssystem ausnehmend hohe Multiplikatoreffekte, auf welche insbesondere in Zeiten weltkonjunktureller Schwierigkeiten auf keinen Fall zu verzichten ist. ■

Autoren: Nikias Dick, BSc BSc und Peter Luptačik sind wissenschaftliche Mitarbeiter am IWI



„Die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen wird oft unterschätzt“

Ingo Bleier, Vorstand für Corporates & Markets bei der Erste Group, spricht über die hohe Inflation, steigende Zinsen und die Auswirkungen auf heimische Industriebetriebe.

Wie gefährlich ist die hohe Inflation für den Industriestandort Österreich?

Ingo Bleier: Natürlich haben die Inflation und die daraus resultierenden hohen Zinsen Auswirkungen. Jedoch ist es wichtig zu beachten, dass diese Phänomene in ganz Europa zu beobachten sind. Insbesondere in Osteuropa sind die Zinsen deutlich höher als in der Eurozone. Ich sehe keine unmittelbare Gefahr für den Standort Österreich. Es ist jedoch von großer Bedeutung, dass wir angemessen darauf reagieren.

Aber gehen wir in Österreich mit diesen Herausforderungen richtig um?

Industrievertreter betrachten die hohen Energiekosten als erheblichen Wettbewerbsnachteil. In Ländern, in denen Energiepreise begrenzt oder entsprechend gefördert werden, entstehen dadurch natürlich Wettbewerbsvorteile. Insbesondere außerhalb Europas sind die Energiekosten erheblich niedriger, was sich natürlich auf heimische Betriebe auswirkt. Die USA zum Beispiel haben aktuell einige Vorteile und auch aktuelle US-Förderprogramme für Industrieunternehmen machen die Europäer sichtlich nervös. Aber die große Abwanderungswelle europäischer Unternehmen in die USA sehe ich derzeit noch nicht.

Gibt es Länder in Europa, die das Inflationsthema besser als Österreich gelöst haben?

Österreich steht im Vergleich nicht so schlecht da. Ungarn verzeichnete eine extrem hohe Inflationsrate von über 25 Prozent, während Tschechien Teuerungsraten von knapp 20 Prozent verzeichnete. In diesen Ländern wurde bereits früher mit der Erhöhung der Zinsen begonnen. Ich würde sagen, dass sich die Entwicklung in Österreich moderater gestaltet. Allerdings hängt Tschechien stark von Deutschland ab, das derzeit mit zunehmenden Problemen zu kämpfen hat. Diese Situation wirkt sich auch auf den Export aus.

Der größte Außenhandelspartner von Österreich ist ebenfalls Deutschland. Wird das auch uns treffen?

Ja, aber unsere Volkswirtschaft ist deutlich diversifizierter aufgestellt als die Tschechiens. Wir haben einen sehr starken Dienstleistungs- und Tourismussektor. Daher ist bei uns die Situation ausgewogener und das kann für das Gesamtjahr auch die Ursache für ein leicht positives Wirtschaftswachstum sein. Gleichzeitig ist der Dienstleistungs- und Tourismussektor derzeit ein wesentlicher Inflationstreiber und deswegen haben wir in Österreich auch eine höhere Inflation als andere Länder Westeuropas.

Trotz der herausfordernden Zeiten ist die Erste Group in den letzten Jahren gut durch die Krise gekommen. Wie ist das gelungen?

Zwar verzeichneten wir 2020 einen Ergebniseinbruch, aber dies war den pauschalen Risikovorsorgen in diesem ersten Covid-Jahr geschuldet. Aufgrund der niedrigen Zinssätze erzielten wir über viele Jahre nur relativ moderate Kapitalrenditen. Tatsächlich wurde der Euribor bereits 2015 negativ. Nun erleben wir aufgrund der Zinsentwicklung einen entsprechenden Aufschwung. Gut durch die Krise sind wir aber auch gekommen, weil Banken seit der Finanzkrise in Bezug auf Kapitalisierung, Prozesse und Entscheidungsfindung wesentlich solider aufgestellt sind. Der Vergleich einer heutigen Bank mit einem Kreditinstitut vor 15 bis 20 Jahren zeigt deutliche Unterschiede. Natürlich gibt es immer wieder Banken, die in den letzten Monaten in Schwierigkeiten geraten sind. Die Anzahl solcher Fälle ist jedoch begrenzt und ihre Ursachen sehr institutsspezifisch.

Wie sehr leiden heimische Industriebetriebe unter der hohen Inflation?

Generell kann man sagen, dass viele Unternehmen nach der Coronakrise teils mit stärkeren Bilanzen gestartet sind, als erwartet. Das lag zum einen sicher an den zahlreichen Förderungen, zum anderen haben die Betriebe aber unglaublich schnell auf die geänderten Rahmenbedingungen reagiert. Die Inflation ist besonders für jene Betriebe sehr schwierig, die nun die gestiegenen Preise nicht mehr an die Kunden weitergeben können. Dort, wo Preise weitergegeben werden können, verdienen die Unternehmen aber noch immer gut.

Aber wird derzeit von den Betrieben noch investiert?

Viele Industrieunternehmen investieren derzeit in die eigene Energieerzeugung. Hier gibt es große Bestrebungen, sich von fossilen Brennstoffen unabhängiger zu machen. Aber grundsätzlich ist sehr wohl bemerkbar, dass die Kreditnachfrage deutlich schwächer geworden ist. Wir streben heuer ein Kreditwachstum von um die fünf Prozent an. Im

Vorjahr war das Firmenkunden-Kreditbuch der Erste Group um 17 bis 18 Prozent gewachsen. Aber es ist völlig klar, dass steigende Zinsen Investitionsdämpfer sind. Und genau das sollen Zinserhöhungen ja bewirken. Trotz der sieben Zinsschritte in den letzten zwölf Monaten liegt das Euribor-Niveau immer noch unter dem Niveau vor der Finanzkrise von 2008. Im Grunde genommen beobachten wir jetzt eine Normalisierung der Zinssätze, sofern sie nicht erneut signifikant angehoben werden.

Waren sieben Zinsschritte in nur zwölf Monaten nicht ein zu forsches Vorgehen der Europäischen Zentralbank?

Ein entschlossenes Eingreifen der Notenbank war von großer Bedeutung. Es verhinderte, dass sich die Lohn-Preis-Spirale beschleunigt, da eine Inflation nur schwer wieder eingefangen werden kann. Derzeit ist die Inflation noch kontrollierbar, aber wir müssen wachsam sein, um sicherzustellen, dass sie nicht außer Kontrolle gerät. Gleichzeitig muss die EZB auf der Zinsseite vorsichtig agieren, um das Wirtschaftswachstum nicht zu stark zu bremsen.

Aber liegt die große Zurückhaltung bei den Krediten nicht auch daran, dass die heimischen Banken die Kreditstandards deutlich verschärft haben?

Das wird gerne behauptet, stimmt aber nicht. Die Mindestanforderungen für die Kreditvergabe im Firmenkundengeschäft haben sich bei uns nicht verändert.

Ist die Grüne Wende wirklich ein Standortproblem für die europäischen Unternehmen?

Die Grüne Wende bietet eine bedeutende Chance. Durch die Green Transition werden Investitionen benötigt, die zu vielfältigen Umweltverbesserungen führen werden. Nun ist es wichtig, entsprechende Konzepte zu entwickeln. Ursprünglich war das Ziel, bis 2030 aus der Kohle auszusteigen. Vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges planten viele Energieerzeuger und Fernwärmeunternehmen in Osteuropa einen Umstieg von Kohle auf Gas. Diese Pläne wurden jedoch durch den Krieg größtenteils zunichte

gemacht und müssen nun neu überdacht werden. Ein vollständiger Ausstieg aus Öl und Gas bis 2030 erscheint unrealistisch, aber wir werden es schaffen, uns bei den Bankfinanzierungen zumindest von der Kohle zu verabschieden. Anschließend werden wir sehen, wie schnell wir uns von anderen fossilen Brennstoffen trennen können, da es das Ziel für Europa ist, bis 2050 eine CO₂-Neutralität zu erreichen. Der Wandel in Europa ist politisch gewollt, beschlossen und wird stattfinden. Zahlreiche Förderprogramme können in ganz Europa zu einem enormen Investitionsschub führen. Wir als Bank sind bereit, diesen Wandel zu begleiten.

Trotzdem geht der Wandel gerade in Österreich noch immer zu langsam. Woran liegt das?

Ein bestehendes Problem sind nach wie vor die langwierigen Behördenverfahren. Sowohl Energiekonzerne als auch Industriebetriebe klagen über die Komplexität und die vielen Zuständigkeiten, die mit diesen Verfahren einhergehen. Eine mögliche Lösung wäre die Einführung eines „Fast Track“-

Für den Standort Österreich ist es langfristig gesehen von größter Bedeutung, eine vorhersehbare Steuerpolitik ohne Überraschungen einzuführen.

Verfahrens. Die entsprechenden Konzepte existieren bereits, sie müssten lediglich umgesetzt werden. Wir brauchen dringend klare Strukturen.

In der Automobilindustrie soll dieser Schwenk auch gelingen. Aber hier hat man mit den E-Fuels schon die erste Ausnahme gemacht. Ist der Verbrennerausstieg wirklich realistisch?

Ab 2035 sollen keine neuen Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden, mit einer Ausnahme für E-Fuels. Diese Entscheidung führte zu kontroversen Diskussionen. Es ist jedoch wichtig zu bedenken, dass Europäer nicht alleine auf der Welt sind. Nur

weil wir ab 2035 keine Verbrennungsmotoren mehr nutzen, bedeutet das nicht automatisch, dass dies auch in Indien, Afrika und Südamerika der Fall sein wird. Automobilhersteller haben eine globale Perspektive, und die Verbrennungsmotortechnologie wird weiterhin existieren.

Fürchten Sie für das nächste Quartal eine erhöhte Kreditausfallrate?

Banken haben grundsätzlich immer eine gewisse Angst vor Kreditausfällen. Ursprünglich hatten wir für dieses Jahr im Kreditbuch Risikokosten von 0,35 Prozent eingeplant. Bei der Veröffentlichung von unserem letzten Quartalsbericht haben wir den Ausblick für diese Kosten auf 0,25 Prozent unseres Kreditvolumens gesenkt. Ich beobachte, dass einige Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten geraten und sich mit Insolvenz- und Sanierungsverfahren auseinandersetzen müssen. Es wird zweifellos Kreditausfälle geben, jedoch erwarte ich keine massive Welle. Ich glaube, dass die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen unterschätzt wird.

Zudem geht die Angst vor einer Rezession um. Müssen wir uns 2023 auf ein Schrumpfen der Wirtschaft einstellen?

Unsere Ökonomen haben für dieses Jahr eine Schätzung von 0,6 Prozent BIP-Wachstum vorgelegt, was aktuell eine leichte positive Entwicklung bedeutet. Und es wäre psychologisch wichtig, dass wir ein leichtes Plus schaffen. Bei einer Rezession würde die Welt nicht plötzlich aufhören sich zu drehen. Allerdings erzeugt bereits ein leichtes Wachstum eine positive Grundstimmung. Dies hat Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen, bei denen die Abwägung sehr knapp ausfällt. Wenn die Kalkulation bereits sehr knapp ist und sich die Wirtschaft dann noch in einer Rezession befindet, tendiert man dazu, Investitionen aufzuschieben.

In Österreich haben wir alternativ zum Kredit wenige Möglichkeiten der Finanzierung. Vernachlässigen wir nicht zu sehr die Möglichkeiten der Kapitalmärkte?

Wir brauchen dringend einen stärkeren Kapital-

markt, der Anreize für langfristige Veranlagungen schafft und Investoren in Kapitalmarktinvestitionen führt. Private Infrastrukturinvestitionen in Europa werden derzeit vor allem von ausländischen Pensionsfonds aus den USA, Kanada und Australien getätigt, während europäische Pensionsfonds hauptsächlich in Staatsanleihen und Immobilien investieren. Wir sollten das kapitalgedeckte Pensionssystem ausbauen, vor allem auch deswegen, um die Mittel für die dringend benötigten langfristigen Investitionen in Europa bereitzustellen, da die Staatsbilanzen bereits stark belastet sind.

Wo liegen die Schwächen der Europäischen Kapitalmärkte?

Der europäische Kapitalmarkt ist derzeit zu fragmentiert. Es bestehen zu viele unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Ländern. Bisher ist es uns nicht gelungen, einen gemeinsamen Kapitalmarkt zu schaffen, obwohl es europäische Richtlinien gibt, die jedoch unterschiedlich umgesetzt wurden. Es gibt zudem einige regulatorische Vorschriften und Verpflichtungen, die Unternehmen zögern lassen, sich dem Kapitalmarkt zu stellen. Dennoch gibt es viele gute Gründe, warum Unternehmen dies tun sollten. Der Kapitalmarkt stellt nicht nur Kapital zur Verfügung, sondern trägt auch zu einer guten Governance bei und stärkt Unternehmen, die sich dem Kapitalmarkt öffnen. Zudem lässt sich auch mit Emissionen wie etwa Unternehmensanleihen die Finanzierungsbasis verbreitern. Diversifikation in diesen Belangen ist sehr sinnvoll.

Was hemmt die Unternehmen hier?

Österreich würde zum Beispiel dringend ein Wagniskapitalfonds-Gesetz brauchen. Ein Vorschlag dafür wurde bereits ausgearbeitet und liegt dem Finanzministerium vor. Dieser wurde aber im Parlament noch nicht behandelt. Damit könnte die Marktliquidität nicht nur an der Börse, also den öffentlichen Märkten, sondern auch in alternativen oder privaten Kapitalmärkten gefördert werden. Trotz großer Bemühungen unsererseits über die Bankensparte in der WKÖ erzielen wir aber auf politischer Ebene nur geringe Fortschritte. In Österreich wird der Kapitalmarkt oft reflexartig mit



Ingo Bleier,
Vorstand für
Corporates &
Markets bei der
Erste Group

der Börse gleichgesetzt, obwohl dieser viel breiter ist und viele unterschiedliche Möglichkeiten für Unternehmen und Investoren bietet. Hier müssen wir dringend unsere Sicht in Österreich ändern. Aber das braucht Finanzbildung – und das ist auch mit ein Grund warum wir uns in diesem Bereich sehr intensiv engagieren.

Welche Maßnahmen müssen noch von staatlicher Seite kommen, um den Industriestandort Österreich weiter zu stärken?

Für den Standort Österreich ist es langfristig gesehen von größter Bedeutung, eine vorhersehbare Steuerpolitik ohne Überraschungen einzuführen. Das willkürliche Einführen von Sondersteuern ist auf jeden Fall keine gute Strategie. Zudem braucht es Genehmigungsverfahren, die in einem angemessenen Zeitraum bewerkstelligt werden können. Dadurch entsteht bei Investitionen das Gefühl, dass es sich um ein sicheres und stabiles Umfeld mit einer soliden Rechtsgrundlage handelt. Aus meiner Sicht ist dies ordnungspolitisch weitaus wichtiger als die bloße Bereitstellung von Fördermitteln. ■

Autor: Stephan Scoppetta



Der Ausbildung von Lehrlingen gilt in den Betrieben der Industrie Oberösterreich ein besonderes Augenmerk.

Beschäftigung und Wohlstand für Oberösterreich - trotz Krisenzeiten

Die Industrie Oberösterreichs ist mit zahlreichen Herausforderungen wie Arbeitskräftemangel, die Suche nach Lehrlingen und Maßnahmen für die ökologische Transformation und Energiewende konfrontiert. Trotzdem ist sie ein Garant für den Wohlstand des Bundeslandes.

Die Industrie Oberösterreichs sorgt trotz massiver wirtschaftlicher Herausforderungen - auch während Krisenzeiten - für Beschäftigung und Wohlstand im Bundesland. Oberösterreich ist das größte Industriebundesland. Der Anteil des produzierenden Sektors (Industrie inklusive produzierendes Gewerbe und Bauwesen) an der Wertschöpfung in Oberösterreich beträgt rund 40 Prozent. Insbesondere die oberösterreichischen Stärkefelder Maschinen- und Anlagenbau sowie die Metall- und Elektroindustrie waren wichtige

Impulsgeber für die Industriekonjunktur. Darüber hinaus war auch die Nahrungsmittelindustrie beim Wachstum stark vertreten. Die robuste Industriekonjunktur ist in erster Linie auf die hohe Nachfrage nach oberösterreichischen Produkten aus dem Ausland zurückzuführen. Mit einer Exportquote von rund 65 Prozent erzielt die OÖ. Industrie fast zwei Drittel ihres Umsatzes auf Auslandsmärkten. Auch mit Blick auf die Lehrlingszahlen ist die OÖ. Industrie nicht nur ein stabiler Faktor, sondern schafft für Oberösterreichs Jugend positive Perspektiven.

Die Sieger, des von der Sparte Industrie und des Verbands der Ausbildungsleiter OÖ initiierten Lehrlingswettbewerbs, werden mit dem Lehrlingsaward ausgezeichnet.

Rund 4.400 junge Menschen, und damit etwa 20 Prozent aller OÖ. Lehrlinge, absolvieren aktuell ihre berufliche Ausbildung in der Industrie.

Bekämpfung des Arbeitskräftemangels

Trotz der guten Beschäftigungszahlen sind laut aktueller Umfrage der WKOÖ Sparte Industrie 96 Prozent der OÖ. Industriebetriebe vom Arbeits- und Fachkräftemangel betroffen. Die negativen Folgen des Fach- und Arbeitskräftemangels sind vielfältig und reichen von Umsatzeinbußen in Folge von Einschränkung des Leistungsangebotes, steigenden Aufwendungen für die Personalsuche, Gehältern oder Zusatzleistungen für neue Mitarbeiter und Qualifizierung/Weiterbildung bis hin zu häufigerer Einstellung von geringer qualifizierten Bewerbern.

Das größte Potenzial bei der Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels besteht aus Sicht der sparte.industrie bei Frauen, Personen aus EU-Drittlandstaaten (Stichwort: Rot-Weiß-Rot-Karte) sowie bei älteren Personen bzw. Pensionisten. Das Potenzial der Zielgruppe Frauen zeigt sich darin, dass im Industriebereich der Frauenanteil der unselbständig Beschäftigten mit rund 25 Prozent noch unter dem OÖ. Durchschnitt von 45 Prozent liegt. Stellschrauben wären hier etwa der Ausbau von Vollzeitarbeit bzw. die Aufstockung der Arbeitszeit, steuerliche Erleichterungen für den Wechsel von Teil- auf Vollzeit und ein verbessertes Angebot der Kinderbetreuung. Es gilt auch, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Teilzeit oft eine Pensionsfalle für Frauen ist. Auch eine Einschränkung des Zuverdienstes zum Arbeitslosengeld ist anzudenken. Darüber hinaus wäre es wichtig, Frauen vermehrt für MINT-Berufe zu gewinnen.

Bei Personen mit Migrationshintergrund/Drittstaatsangehörigen fordert die OÖ. Industrie vor allem die Anpassung bzw. Weiterentwicklung der RWR-Karte. Dazu gehören der Abbau der bürokratischen Hürden, also Verfahrensbeschleunigung und -vereinfachung, die Sicherstellung einer praxisnahen und einheitlichen Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und Berufserfahrungen,



die Einführung eines „Jobsucher-Visums“ für alle Berufsfelder und die Schaffung einer Möglichkeit für eine duale Ausbildung im Rahmen einer Rot-Weiss-Rot-Karte für über 18-Jährige.

Bei älteren Mitarbeitern bzw. Pensionisten gilt es, besonders an zwei Stellschrauben zu drehen. Zum einen sollen Personen länger in Beschäftigung gehalten und die Erwerbstätigkeit von Pensionisten gefördert werden. 600.000 Menschen in Oberösterreich sind derzeit zwischen 60 und 65 Jahren alt, aber nur rund 30 Prozent davon sind erwerbstätig. Konkrete Verbesserungen sollen neue flexible Pensionsmodelle (z. B. Ermöglichung eines gleitenden Übergangs in Pension oder Teilpension), die Abschaffung des Pensionsversicherungsbeitrages für erwerbstätige Pensionisten, großzügigere Zuverdienstgrenzen bzw. höhere Zuschläge für längeres Arbeiten und die Möglichkeit eines steuerfreien Zuverdienstes in der Regelpension (z. B. Steuerfreibetrag für Erwerbseinkünfte ab 65 Jahren) bringen.

Das Interesse junger Menschen wecken

Bildung ist einer der entscheidenden Schlüsselfaktoren für die Zukunft der heimischen Wirtschaft. Dies gilt umso mehr, als in den kommenden Jahren durch den demografischen Wandel ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot einem steigenden Bedarf an Beschäftigten in der Industrie gegenübersteht. Zusätzlich zur demografischen Entwicklung führen die sinkenden Grundkompetenzen der Jugendlichen und der erhöhte Bedarf an Indust-



riebeschäftigten zu einer echten Herausforderung für den Industriestandort. Die WKOÖ Sparte Industrie unterstützt ihre Mitgliedsbetriebe durch ein vielfältiges Maßnahmenpaket. So soll das „Projekt Spürnasenecke“ die Technikbegeisterung bei Kindern und Jugendlichen fördern. Bei den „Praxistagen für BO-Lehrkräfte“ verbringen Lehrkräfte einen Tag in einem Unternehmen, um praktische Erfahrungen mit Bezug auf Metalltechnik und / oder Elektrotechnik zu sammeln. Die Gewinnung von AHS-Absolventen als Zielgruppe für weiterführende technische Ausbildungen im Rahmen der industrierelevanten Berufsbilder der Dualen Akademie sowie im tertiären Bereich ist das Ziel des „AHS-Direktorentages“. Die Lehrstellen-Kampagne „Traumberuf Industrie“ sowie die Bewerbung offener Lehrstellen unter dem Slogan „Meine Lehre in der Industrie“ (www.lehre-industrie.at) sollen interessierte Jugendliche ansprechen. Beim „Female Leadership Talk“ in Kooperation mit der FH OÖ – Campus Hagenberg machen erfolgreiche Frauen aus der OÖ. Industrie Mut für eine Karriere in der Industrie. Technikinitiativen sollen Schüler der AHS für Technik begeistern. Jugendliche der dritten und vierten Klassen Unterstufe erleben dabei ihr unternehmerisch-technisches Talent im Makerspace.

Ausgezeichnete Lehrlinge

Eine besondere Stellung nimmt der, von der Sparte Industrie und des Verbands der Ausbildungsleiter OÖ, initiierte Lehrlingswettbewerb ein. Rund

Der Anteil des produzierenden Sektors (Industrie inklusive produzierendes Gewerbe und Bauwesen) an der Wertschöpfung in Oberösterreich beträgt rund 40 Prozent.

700 Lehrlinge (davon 90 Mädchen bei „Frau in der Technik“) aus 100 Unternehmen haben dieses Jahr teilgenommen. Lehrlingen im 2. Lehrjahr wird die Möglichkeit geboten, den eigenen Ausbildungsstand mit anderen Unternehmen zu messen. An drei verschiedenen Wettbewerbstagen werden die Jugendlichen beim technischen, beim kaufmännischen und beim Teamwettbewerb Industrie 4.0 zugleich auch auf die Lehrabschlussprüfung vorbereitet. Gekrönt wird der Lehrlingswettbewerb mit dem anschließenden Lehrlingsaward, bei dem die besten Lehrlinge für ihre herausragenden Leistung ausgezeichnet werden.

Nachhaltiger Wirtschaftsstandort

Umweltschutz und Ressourcenschonung sind nur mit neuen Technologien, Innovationen und entsprechenden Investitionen möglich. Die OÖ. Industrie investiert jährlich über fünf Milliarden Euro in Forschung, neue Anlagen und in die Ausbildung ihrer Mitarbeiter. Die OÖ. Industrie beweist täglich ihre Verantwortung und ist Vorreiter bei neuen Energie- und Umwelttechnologien. Bereits heute leistet sie die sauberste Produktion von Stahl, Papier oder Zement weltweit. Die künftige Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik ist zur Sicherung des Industriestandorts Oberösterreich von entscheidender Bedeutung. Entfallen doch mehr als 43 Prozent des Endenergieverbrauchs in OÖ auf die produzierenden Unternehmen. Wettbewerbsfähige Energiekosten inklusive aller Nebenkosten spielen daher für die Erhaltung und den Ausbau des Industriestandortes eine große Rolle. Daneben müssen auch die Klima-Zielvorgaben der EU realistisch und – unter Berücksichtigung des Wettbewerbs mit anderen Regionen weltweit – sinnvoll erreichbar sein. Statt zu verhindern, sollen sie vielmehr Chancen darstellen.

Die Sparte Industrie Oberösterreich fordert daher die Sicherstellung der heimischen Energieversorgung durch Ausbau heimischer Energiegewinnung, die Überarbeitung zur unbürokratischen Handhabung des Energieeffizienzgesetzes (EEffG), die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Green

Rund 19 Prozent aller unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich arbeiten in der Industrie. Trotzdem ist auch hier der Arbeitskräftemangel zu spüren.

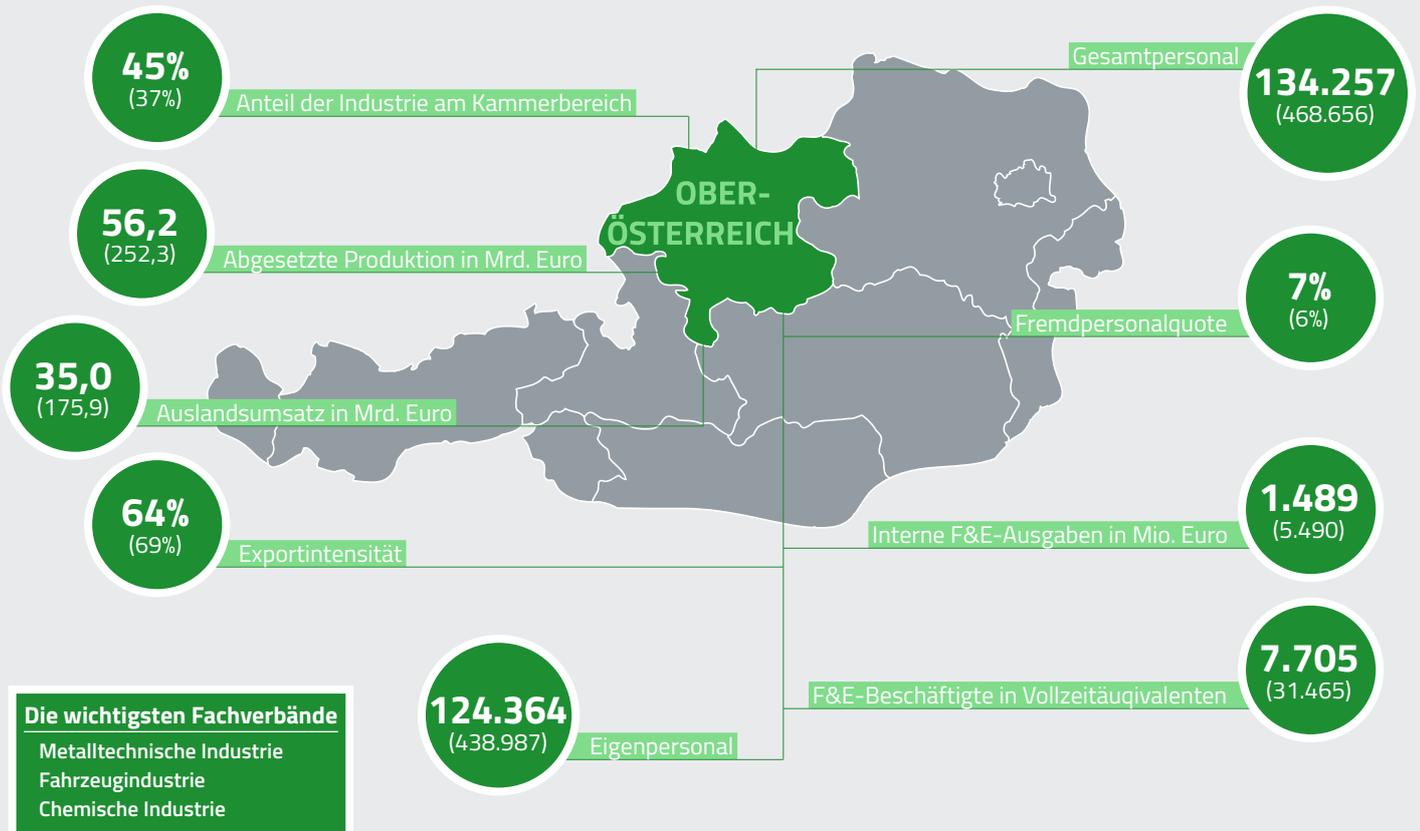
Deal mit Fokus auf die Standortstrategie, die Strompreiskompensation für indirekte CO₂-Kosten soll endlich umgesetzt werden und ein Beratungskonzept „Vorsorge Blackout“ von Großverbrauchern der Netzreserve. Dann kann auch die Minimierung von Emissionen, der sorgsame Einsatz von Rohstoffen und die Kreislaufwirtschaft der Produkte gelingen und es kann langfristig ein nachhaltiger Wirtschaftsstandort sichergestellt werden.

Autorin: Helene Tuma



KENNZAHLEN DER INDUSTRIE OBERÖSTERREICHS

Vergleichszahlen in Klammer beziehen sich auf ganz Österreich



Anm. 1: Anteil der Ind. am Kammerbereich gemessen am Produktionswert; wichtigste Fachverbände nach Produktionswert; 2020; Anm. 2: Exportintensität = Auslandsumsatz / Gesamtumsatz (Unternehmensebene); Gesamtpers. = Eigenpers. + Fremdpers. (Betriebebene); Abges. Prod.; 2022 (vorläufig); Anm. 3: Gesamtpersonal = Eigenpersonal + Fremdpersonal (Betriebebene, inkl. BSI-Adaptierung); Abges. Prod.; 2022 (vorläufig); Anm. 4: Interne F&E-Ausgaben nach F&E-Standort(en) des Unternehmens; 2019

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik in der Kammerstatistik; Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung; Leistungs- und Strukturstatistik



„Wir müssen diesen enormen Herausforderungen rasch und fokussiert begegnen“

Erich Frommwald, Obmann der sparte.industrie der WKÖ, im Interview über die Transformation hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem, den Anstieg der Energiekosten und die Rolle von Wasserstoff für die heimische Industrie.

Die oberösterreichische Industrie steht vor einer herausfordernden Transformation. Große Teile unserer Industrie sind energie- und rohstoffintensiv – und daher ist die Transformation hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem für viele Betriebe besonders anspruchsvoll.

Herr Spartenobmann Frommwald, wie ist die Lage der Industrie in Oberösterreich?

Der radikale Anstieg der Energiekosten im vergangenen Jahr hat in Oberösterreich viele Betriebe an ihre Belastungsgrenzen geführt. Im Vergleich zu deutschen Mitbewerbern sind österreichische Industriebetriebe aufgrund der unterschiedlichen Energiekosten mit einem erheblichen und wachsenden Wettbewerbsnachteil konfrontiert.

Welche Nachteile sehen Sie genau?

Allein durch die Strompreiszonentrennung haben heimische Betriebe im Jahr 2022 im Schnitt um 26 EUR/MWh mehr gezahlt als die Mitbewerber in Deutschland. Im selben Zeitraum 2021 lag dieses Delta noch bei 10 EUR/MWh und 2020 bei 2 EUR/MWh. In Deutschland gilt zudem seit Jahren die Strompreiskompensation für besonders energieintensive Betriebe. In Österreich soll sie nun endlich – nach über 300 Tagen Wartezeit seit der ersten Zusage – eingeführt werden. Anders als in den meisten EU-Staaten, wo die Strompreiskompensation bis 2030 gewährt wird, ist der aktuelle Entwurf aber nur auf das Jahr 2022 beschränkt. Das muss geändert werden.

Gibt es noch weitere Unterschiede zu Deutschland?

Ja, es gibt hier wirklich viele Beispiele. Eines davon sind die Netzentgelte: Deutschland hat die Übertragungsnetzentgelte im Jahr 2023 durch einen Zuschuss in Höhe von 12 Milliarden Euro auf dem Niveau von 2022 stabilisiert. In Österreich wurde der Anstieg in zwei Schritten zwar teilweise abgefedert – ein großer Teil muss aber von den Endverbrauchern getragen werden.

Ein anderes, besonders gravierendes Beispiel ist die nationale CO₂-Bepreisung: Deutschland plante Anfang 2023 eine Erhöhung um weitere 5 Euro pro Tonne CO₂. Diese Anhebung wurde komplett um ein Jahr verschoben – dies gilt auch für alle Folgeerhöhungen. Österreich hat den ursprünglich geplanten Anstieg (ebenfalls 5 EUR/t) zwar halbiert, somit sind 2023 32,50 EUR/t zu zahlen. Mit den weiteren geplanten Anhebungen in den Folgejahren bleibt damit eine signifikante Differenz zwischen Österreich und Deutschland bestehen. Ein fairer Wettbewerb zu – auch nur ansatzweise – gleichen Marktbedingungen ist also schon seit geraumer Zeit nicht mehr gegeben.

Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zur Transformation der Gasversorgung von Erdgas auf Biomethan?

Jede Kilowattstunde Energie, die in Österreich oder in der EU erzeugt wird, reduziert unsere Abhängigkeit von unzuverlässigen Partnern und wirkt zu-

sätzlich dämpfend auf die europäischen Energiepreise. Erdgas ist für die Grundversorgung des Industrielands Österreich eine zwingend notwendige Brückentechnologie. Für die Stromproduktion und die Industrie sind wir noch viele Jahre auf Erdgas angewiesen. Auch heimische Erdgasproduktion muss somit ein Thema bleiben.

In Zukunft wird klimaneutrales, erneuerbares Gas ein unverzichtbarer Rohstoff für die heimische energieintensive Industrie sein. Wir begrüßen die Schritte der Bundesregierung, einen funktionierenden Markt für Biomethan aufzubauen. Der Gesetzesentwurf muss aber noch dringend nachgebessert werden, da die verpflichtende Grüngasquote keine Preissteigerungen bei Gas und vor allem Strom auslösen darf.

Welche Rolle spielt Wasserstoff für die heimische Industrie?

Viele industrielle Prozesse lassen sich nicht elektrifizieren – entweder, weil das Gas als chemischer Reaktionspartner notwendig ist, oder weil hohe Prozesstemperaturen erreicht werden müssen. 72 Prozent jener oberösterreichischen Industriebetriebe, die auch heute Gas in signifikantem Umfang verbrauchen, geben an, dass sie auch in Zukunft auf klimaneutrales Gas und damit auch Wasserstoff angewiesen sind. Ohne eine verlässliche und leistbare Versorgung mit klimaneutralem Wasserstoff droht vielen Industriebetrieben das Aus.

Österreich braucht daher einen klaren Masterplan, der die abstrakte Wasserstoffstrategie in konkrete Projekte mit definierten Milestones überleitet. Dies haben wir auch kürzlich bei einem Runden Tisch mit Hrn. Landesrat Achleitner (Land OÖ), Hrn. Sektionschef Schneider (BMK) und zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus Industrie und Wissenschaft intensiv diskutiert. Wir müssen diesen enormen Herausforderungen rasch und fokussiert begegnen, um Wettbewerbsfähigkeit, Planungssicherheit und Stabilität herzustellen. ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Besser als befürchtet, insgesamt aber verhalten: Diese Konjunktureinschätzung wurde mit Jahresbeginn 2023 zur Konsensmeinung der führenden Prognoseinstitute. Seither publizierte Wirtschaftsdaten und Befragungsergebnisse haben die Einschätzung bestätigt, wenn auch die Auswirkungen der hohen Inflationsraten zusätzliches Störpotenzial liefern.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Ein globales Wirtschaftswachstum von knapp drei Prozent dürfte sich heuer ausgehen, minimal mehr im kommenden Jahr. Wachstumstreiber der Weltwirtschaft werden Volkswirtschaften aus Süd-, Südost- und Ostasien sein (Indien, China, ASEAN-Staaten). Möglicherweise ist bei den Prognosen für China sogar noch etwas Luft nach oben gegeben, denn die (von der OECD publizierten) Frühindikatoren der Wirtschaftsentwicklung haben sich in den letzten Monaten ganz kontinuierlich verbessert.

Viel Schwellenländer und Entwicklungsländer zeigen robuste Wachstumsentwicklung, insbesondere im Nahen Osten und in Afrika. Daraus ergibt sich eine Chance für (europäische) Unternehmen, auf der Suche nach außereuropäischen Absatzmärkten. Angesichts der vielfach rückläufigen Preise bei (Energie-) Rohstoffen sind die hohen Wachstumsprognosen für die Länder des Nahen Ostens und Afrikas teilweise mit etwas Vorsicht zu betrachten. Wohl zutreffend sind die prognostizierten Wachstumsabschwächungen bei den Volkswirtschaften Lateinamerikas (auf durchschnittlich rund zwei Prozent im Zeitraum 2023/24), da diese sehr sensibel auf Zinsschritte der US-Dollar reagieren und steigende Zinsen Wachstumsanteile kosten.

Am anderen Ende der Wachstumszahlen stehen die entwickelten Industriestaaten, die – insgesamt gesehen – im laufenden und im kommenden Jahr um durchschnittlich etwa ein Prozent wachsen dürften. Bei den europäischen Volkswirtschaften könnte 2023 das etwas schlechtere Jahr werden, und das nächste Jahr eine minimale Wachstumsbeschleunigung bringen. In den

USA dürfte es umgekehrt laufen, wie auch die negative Richtung der konjunkturellen Frühindikatoren zeigt. Auch wenn sich die Wachstumsraten vieler Industriestaaten sehr nahe (und phasenweise mitunter unter) der Nulllinie bewegen, ist grosso modo nicht mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Selbst das Vereinigte Königreich, bei dem die Prognose des Internationalen Währungsfonds aus dem April 2023 noch einen Rückgang des BIP im laufenden Jahr (um 0,3 %) annimmt, hat zuletzt verbesserte Frühindikatoren ausgewiesen.

Angesichts der Konjunkturängste des letzten Jahres müssten die somit tendenziell positiven, wenn auch nicht überragenden Wachstumszahlen Erleichterung auslösen. Dass dies aber nicht der Fall ist, liegt an zwei Gründen: Die Konsumenten sind weiterhin sehr skeptisch und die ungewohnt hohen Inflationsraten bereiten vielfache Probleme.

Obwohl sich das Konsumentenvertrauen bereits verbessert hat, liegt es immer noch im Bereich der Tiefststände der Wirtschaftskrise 2008/09 oder der Griechenlandkrise. Die Zahlen scheinen aber darauf hinzuweisen, dass die Besorgnis über die allgemeine Entwicklung größer ist als über die eigene wirtschaftliche Situation, und daher die Konsumbereitschaft relativ stabil geblieben ist. Hier ist eine weitere Beruhigung anzunehmen, so es nicht zu einem negativen, die Besorgnis wieder stark anheizenden News-Flow kommt.

Hinsichtlich der Inflationsentwicklung ist es bedauerlicher Weise nicht gelungen, eine Verhärtung der Preiseffekte zu verhindern. Im Gegenteil, viele gut gemeinte Unterstützungsmaßnahmen haben

den Preisauftrieb weiter beschleunigt. Nun ist zwar im laufenden Jahr 2023 ein Rückgang der Preise für Energierohstoffe (und für Nahrungsmittelpreise) zu beobachten, aber die Welle der Preissteigerungen hat sich längst in andere Bereiche fortgesetzt. Daraus hat sich unmittelbar ergeben, dass die Notenbanken stärker als ursprünglich geplant die Zinssätze anheben mussten.



Die Folgen höherer Zinsen sind erst in geringen Maßen spürbar, betreffen aber alle Bereiche der Volkswirtschaft: Für Unternehmen ändern sich die Finanzierungsbedingungen, insbesondere für Unternehmen mit hohen Schulden und/oder kurzen Finanzierungslaufzeiten kann sich dies bis zu einer existenziellen Krise ausweiten. Wie in den letzten Wochen und Monaten bereits mehrfach zu beobachten, betrifft dies sehr rasch auch Finanzierungsinstitute mit (zu) kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Die Konsumenten sind insbesondere betroffen in Form langfristig höherer Finanzierungskosten für Immobilien, was den Immobilienmarkt und gleichzeitig die Bauindustrie unter Druck setzt. Zumindest mittelfristig wird sich ein höheres Finanzierungsniveau auch massiv auf die Spielräume der öffentlichen Haushalte auswirken, da es bei höheren Zinsen einen gewaltigen Unterschied macht, ob Schulden in Höhe von 60 oder 90 % des BIP zu bedienen sind. Vorläufig sind freilich die schuldentilgenden Wirkungen der hohen Inflation bedeutsamer als die gestiegenen Kosten bei Neufinanzierungen.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Inflationsraten in mittlerer Frist wieder auf ein niedriges, eventuell sogar wieder mit den Stabilitätskriterien der Europäischen Zentralbank EZB kompatibles Niveau zurückgehen werden: Die seit Jahrzehnten niedrigen Inflationsraten sind ein Resultat starker internationaler Konkurrenz im Zeichen der Globalisierung. Diese Konkurrenz besteht weiter und wird wieder einen erheblichen Druck

auf die Preisbildung ausüben. Dies ist freilich für die Konsumenten eine bessere Nachricht als für jene Unternehmen, die in Ländern mit deutlich überdurchschnittlicher Preisentwicklung (wie beispielsweise Österreich) beheimatet sind: Mangels Ausgleichsmöglichkeiten über einen Wechselkurs sind überdurchschnittliche Inflationsraten gleichbedeutend mit einer anhaltenden Einbuße an Wettbewerbsfähigkeit beziehungsweise dem Zwang zur strikten Kostenkontrolle – bis hin zur Standortverlagerung.

Bei den Umfragen im Zuge des Business and Consumer Survey der Europäischen Union zeigt sich, dass sich die Erwartung steigender Verkaufspreise in den letzten Monaten auf geradezu spektakuläre Weise vermindert hat. Unter dem Gesichtspunkt der Eindämmung der Inflation ist dies positiv, aber es ist gleichzeitig ein Ende der Möglichkeiten höhere Kosten zu überwälzen – und damit der Beginn einer Erosion der Ertragslage.

Auch die im April 2023 veröffentlichte Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (unter mehr als 400 Unternehmen mit insgesamt rund 335.000 Beschäftigten) bestätigt die Erwartung einer nachlassenden Preisdynamik auf Sicht von drei Monaten. Die sehr hohen Niveaus der Auftragsstände sich in den letzten Monaten laufend zurückgegangen. Die Einschätzung der Geschäftslage liegt weiterhin im deutlich positiven Bereich, allerdings haben sich die zukunftsbezogenen Einschätzungen tendenziell negativ entwickelt. ■

Industrielle Wettbewerbsfähigkeit auf dem Prüfstand

Während der Produktionswert und die Personalaufwände in der Industrie zwischen 2008 und 2022 ansteigen, bleiben das Personal und die geleisteten Arbeitsstunden auf dem Ausgangsniveau. Die Aussichten für das Jahr 2023 sind düster.

Mag. Andreas Mörk



Mag. Andreas Mörk

Die Industrie hat sich in den letzten Jahren verändert. Das spiegelt sich auch in den Zahlen wider. Hier einige Beispiele: Die Energiebereiche nehmen immer mehr Raum bei der Produktion ein, die Anteile der Arbeiter am Gesamtpersonal sind rückläufig. Die Personalaufwände steigen bei relativ stabilem Eigenpersonal bzw. sinkenden geleisteten Arbeitsstunden.

mit höheren Anteilen an der Industrie insgesamt. Zwischen 2012 und 2014 waren die beiden Energiebereiche in etwa gleich stark, erst ab 2015 setzte sich allmählich die Dominanz der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen bei der abgesetzten Produktion durch. Im Jahr 2022 hatten die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen einen Anteil von 24 % an der abgesetzten Produktion der heimischen Industrie von vorläufig insgesamt 252 Mrd. Euro.

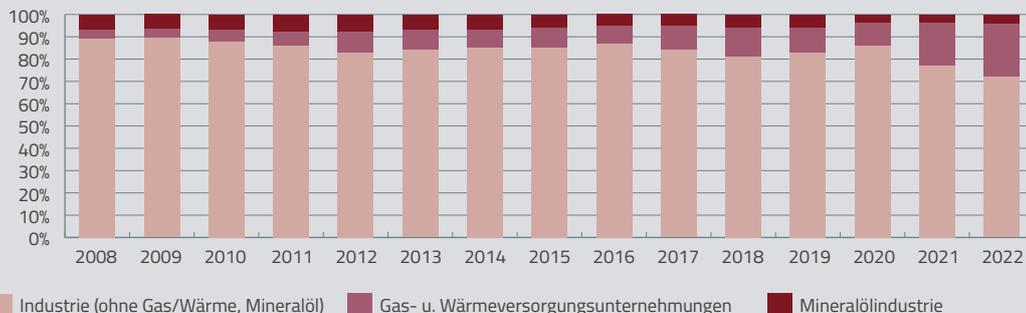
Wie die Energiebereiche die abgesetzte Produktion beeinflussen

Wie sehr die Energiebereiche den nominellen Produktionswert in der Industrie insgesamt in den letzten Monaten und Jahren mitgestaltet, ist hinlänglich bekannt. Ebenso, dass Preisdynamiken hier mehr ins Gewicht fallen als Mengeneffekte. Gerade in den letzten beiden Jahren sind die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen – als einer der beiden Bereiche – dafür ausschlaggebend. Dies war jedoch nicht immer so. In den Jahren 2008 bis 2011 war die Mineralölindustrie jener Bereich

Wie das Personal strukturiert ist und was es leistet

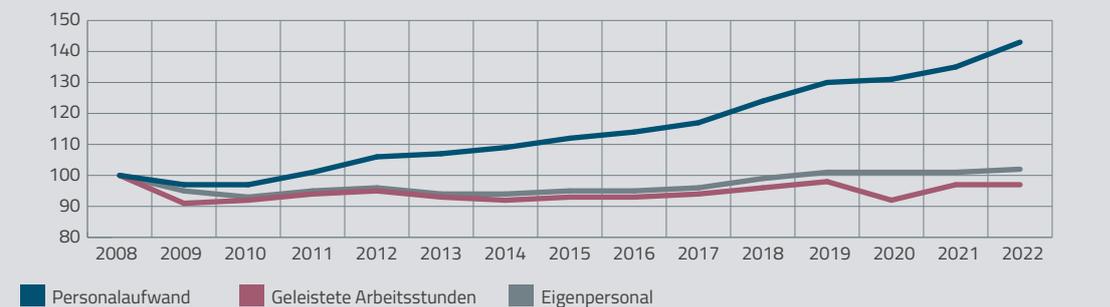
Der Gesamtbeschäftigtenstand der Industrie beläuft sich im Jahresdurchschnitt 2022 auf mehr als 468.600 Personen. Davon sind 94 % Eigenpersonal und 6 % Fremdpersonal. Zum Eigenpersonal zählen Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige und Heimarbeiter. Rund jeder zweite Gesamtbeschäftigte ist ein(e) Arbeiter: in (49 %), mehr als vier von zehn sind Angestellte (42 %). Diese Anteile haben sich im Laufe der Jahre verändert. Im Jahr 2008 lag der Anteil der Arbeiter bei 56 %, seither sank er stetig.

Anteil der Energiebereiche an der abgesetzten Produktion der Industrie (2008 bis 2022)



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderausw. in Kammersystematik, endg. Werte bis '21 & vorl. Werte für '22 inkl. BSI-Adaptierung

Dynamik des Personalaufwands, der Arbeitsstunden und des Eigenpersonals



	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Personalaufwand in Mrd. €	22	21	21	22	23	23	24	24	25	26	27	28	28	29	31
Eigenpersonal*	429	406	398	406	411	405	402	405	408	413	425	433	433	433	439
Gesamtpersonal*	451	421	418	431	435	428	427	429	433	441	455	461	456	460	469

* Werte in 1.000er, Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstat., Sonderausw. in Kammersyst., endg. Werte bis 21 & vorl. Werte für 22 inkl. BSI-Adapti.

Im Gegenzug dazu steigt der Anteil der Angestellten am Gesamtpersonal, dieser lag im Jahr 2008 noch bei 36 %.

Ausgehend vom Jahr 2008 erreicht das Eigenpersonal erst im Jahr 2019 wieder den damaligen Wert, übersteigt diesen und bleibt auch in den Folgejahren über dem Ausgangsniveau. Anders sieht es bei den geleisteten Arbeitsstunden aus. Diese brechen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 nach unten ein und erreichen seitdem nie wieder das Ausgangsniveau. Der Personalaufwand in der Industrie liegt dagegen bereits 2011 über dem Ausgangswert dieser Betrachtung und steigt sukzessive und kontinuierlich an. Der Personalaufwand umfasst die Verdienste sowie die gesetzlichen Sozialbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen des Arbeitgebers. Im Jahr 2022 liegt der Personalaufwand um 43 % höher als noch im Jahr 2008, wobei das Eigenpersonal um 2 % höher und die geleisteten Stunden um 3 % niedriger sind. Vor allem in Zeiten der Corona-Krise knicken die geleisteten Arbeitsstunden ein. Im Jahr 2020 liegt der Anteil der geleisteten an den bezahlten Stunden bei den Arbeiter:innen und gewerblichen Lehrlingen bei 77 %; zum Vergleich: Im Jahr 2008 lag dieser Wert bei 82 %, im Jahr 2022 bei 80 %.

Analog zur Verschiebung bei der Struktur des Eigenpersonals hin zu einem höheren Anteil an Angestellten, steigt auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Gemeinsam mit den kaufmännischen Lehrlingen liegt der Anteil im Jahr 2022 bei

46 % (2008: 39 %). Vice versa sinkt der Anteil der geleisteten Arbeitsstunden der Arbeiter:innen und kaufmännischen Lehrlingen an den insgesamt geleisteten Arbeitsstunden von 61 % im Jahr 2008 auf 54 % im Jahr 2022.

Was der Jahresbeginn 2023 so alles mit sich bringt

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2023 liegt die abgesetzte Produktion unter den jeweiligen Vorjahresmonaten und dreht ins Minus. Was bereits im Dezember 2022 begonnen hat, setzt sich in diesem Jahr weiter fort. Die Dynamik der Auftragseingänge folgt jener der Produktion. Die Aussichten für die Industrie sind trüb. Neuaufträge fehlen. Die Wirtschaft des wichtigsten Handelspartners Deutschland befindet sich in einer Rezession, die Wirtschaftsleistung schrumpft. Die heimische Wirtschaft verliert an Schwung, die Dynamik in der Industrie und im Bau hat spürbar nachgelassen. Steigende Zinsen wirken sich ungünstig auf die Investitionstätigkeit aus. Die Inflation ist so hoch wie seit Jahren nicht mehr und liegt derzeit über dem Durchschnitt der Eurozone. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie leidet weiterhin unter den stark gestiegenen Energiepreisen. Und die Herausforderungen werden nicht weniger, auch die Transformation der Industrie ist derzeit ein drängendes und dringliches Thema. Die Herausforderungen bleiben, die Industrie steht weiterhin auf dem Prüfstand und muss ihre Resilienz in Zeiten schwieriger Rahmenbedingungen unter Beweis stellen.

Branchenübersicht



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 2. Quartal 2023	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	4.Q22/4.Q21 in Prozent	Einschätzung 2.Q23/2.Q22	4.Q22/4.Q21 in Prozent	Einschätzung 2.Q23/2.Q22	Einschätzung 2.Q23/2.Q22
Bergwerke und Stahl	17,5	↔	2,8	↔	↔
Stein- und keramische Industrie	9,5	↔	0,9	↔	↔
Glasindustrie	13,8	↓	-5,6	↔	↓
Chemische Industrie	2,6	↓	3,4	↔	↓
Papierindustrie	6,8	↓	1,0	↔	↓
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	9,6	↓	-1,5	↔	↓
Bauindustrie	5,2	↔	-1,0	↔	↓
Holzindustrie	7,4	↓	1,2	↔	↓
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	17,7	↔	1,5	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	8,4	↔	-4,1	↔	↔
NE-Metallindustrie	1,8	↔	1,1	↔	↓
Metalltechnische Industrie	5,8	↔	0,5	↔	↓
Fahrzeugindustrie	16,4	↑	0,6	↑	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	23,2	↔	7,1	↔	↔
Industrie gesamt	4,1	↔	1,5	↔	↔

Anm.: Vorläufige Daten 2022 inkl. BSI-Adaptierung; Im Quartalsvergleich der abgesetzten Produktion spiegeln sich Preiseffekte wider;

¹⁾ Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.);

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik

Gesamtindustrie

Das 2. Quartal des heurigen Jahres bringt in den Fachverbänden der heimischen Industrie rückläufige Auftragseingänge und vielerorts stagnierende oder rückläufige Produktionswerte. In der Papier- und Holzindustrie sind die Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahresquartal sogar stark rückläufig. Weniger abgesetzte Produktion und Auftragseingänge erwarten die Glasindustrie, die Chemische Industrie oder die PROPAK. Die Aussichten trüben sich zum Teil massiv ein, wenngleich die Beschäftigung in der heimischen Industrie gehalten werden kann.

Bergbau und Stahl

Die geopolitisch schwierige Lage, die anhaltend hohen Energiepreise und die hohe Inflation wirken nach wie vor dämpfend auf die wirtschaftliche Stimmung. Trotz Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und stagnierender bzw. rückläufiger Produktion erwiesen sich die Wirtschaftsindikatoren und die tatsächliche Geschäftsentwicklung resilienter als ursprünglich prognostiziert. Die hohe Abhängigkeit von Russland bei der Versorgung mit Erdgas ist nach wie vor ein Risikofaktor, auch wenn derzeit die Erdgasspeicher gut gefüllt sind und das Risiko einer Unterbrechung der Erdgasversorgung nicht unmittelbar erscheint.

Die Nachfrage in den Bereichen Energie und Luftfahrt sind nach wie vor auf hohem Niveau. Auch im Bereich Bahn und Bahninfrastruktur profitiert die Nachfrage vom hohen Bedarf auf den europäischen Märkten. In vielen Bereichen gelingt es, die gestiegenen Rohstoffe und Energiekosten weiterzugeben. Die Nachfrage aus den Bereichen Haushaltsgeräte- und Konsumgüterindustrie sowie Bauindustrie entwickelt sich weiterhin rückläufig. Die Nachfrage aus der Automobilindustrie ist weiterhin getrübt von Engpässen in ihren Lieferketten und verharnt weiter auf moderatem Niveau.

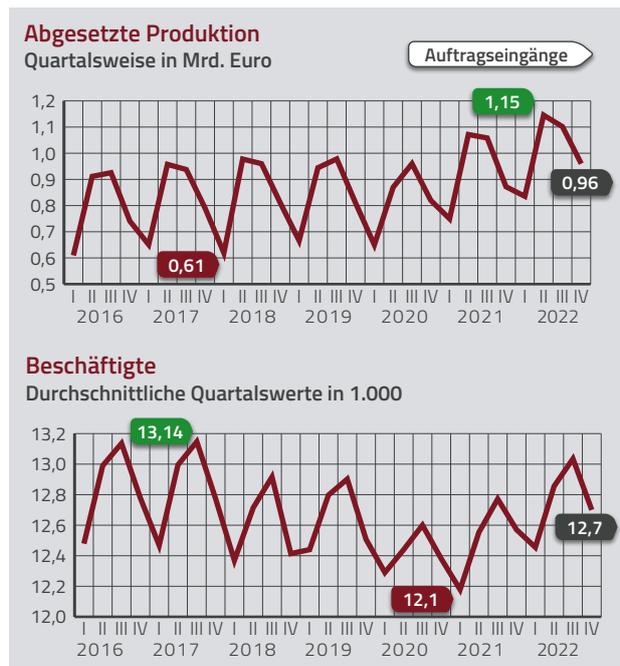
■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz



Stein- und keramische Industrie

Der Hochbau befindet sich im Abschwung, insbesondere der Einfamilienhausbau ist stark rückläufig, während der mehrgeschossige Wohnbau ebenfalls schwächt. Die Baupreise und die Inflation schaden auch dem Wohnbau erheblich. Dies hat zu Produktionsbeschränkungen und sogar Stillständen bei Herstellern von monolithischem Mauerwerk geführt. Die Aussichten für die Zukunft sind aufgrund der erwarteten strengeren Anforderungen im Bereich des Klimaschutzes gemäß EPBD und ESPR ebenfalls herausfordernd. Im Tiefbau hingegen sieht es vergleichsweise gut aus, wobei regionale Unterschiede zu beachten sind.

Die Exportlage für Industrielieferer von Schleifmitteln, Feuerfestmaterial und Feinkeramik ist zufriedenstellend, wobei es je nach Absatzmarkt Unterschiede gibt. Es besteht jedoch ein hoher Kostendruck aufgrund von Energie- und Rohstoffpreisen. Das Ausbleiben der angekündigten Energiekostenzuschüsse seitens der Regierung bedroht zunehmend die Existenz energieintensiver Betriebe und treibt die Preise in die Höhe. Dies führt nicht nur zu steigender Inflation, sondern verteuert auch den Wohnbau erheblich. Bauträger bremsen vermehrt bei Neubauprojekten, und der Baukonjunkturmotor stottert.



Glasindustrie

Die glasbe- und -verarbeitende Branche spürt den Einbruch im privaten Wohnbau bereits. Die Auftrags-eingänge sind im Vergleich zur Vorjahresperiode um zumindest zehn Prozent zurückgegangen, Tendenz steigend. Durch thermische Sanierungen können diese Rückgänge nicht aufgefangen werden. Die Investitionen in große Bauprojekte sind trotz der Preissteigerungen noch stabil, aber auch hier schauen Fenster- und Fassadenhersteller unsicher in den Herbst.

Im Bereich Tableware bleiben die Exportmärkte Amerika und China absatzmäßig am stärksten. Trotz erhöhter Preise läuft das Geschäft relativ gut. Die Schmuckindustrie kämpft als Global Player weiterhin mit der rückläufigen Nachfrage aus dem asiatischen Raum, weswegen Produktionskapazitäten nicht zur Gänze ausgeschöpft werden.

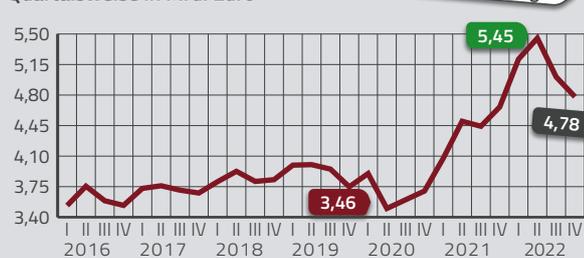
In der Behälterglasindustrie ist die Auftragslage herausfordernd. Die Auftragseingänge sind spürbar zurückgegangen und die Absatzmengen bei Verpackungsglas kommen nicht an Vorperioden heran. Trotz leicht sinkender Preise ist die Nachfrage etwas zurückhaltend und die Lagerbestände sind verhältnismäßig hoch.



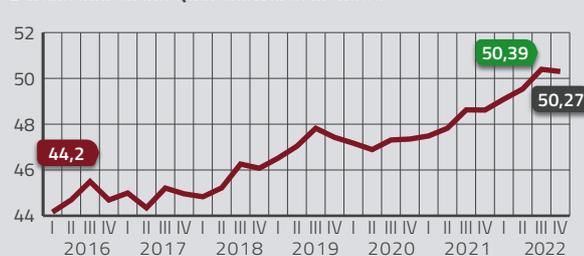
Chemische Industrie

Die chemische Industrie ist auf Grund des Ukraine-Krieges nach wie vor mit in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesenen Unsicherheiten und schwierigen Perspektiven konfrontiert. Vor allem die Frage der künftigen Energieversorgung und der extrem stark gestiegenen Kosten bringen enorme Unabwägbarkeiten und Wettbewerbsnachteile, die sich auch bei den Auftragseingängen zeigen. Die in Österreich über dem EU-Durchschnitt liegende Inflation und damit verbundenen Einkommenserhöhungen führen ebenfalls zu Nachteilen im Wettbewerb, insbesondere im Vergleich zu Deutschland. Das letztjährige Wachstum war in erster Linie preisgetrieben und das 4. Quartal hat sich bereits mengenmäßig leicht rückläufig entwickelt. Im 1. Halbjahr 2023 setzte sich dieser Trend fort. Derzeit kann nicht abgeschätzt werden, wie lange die verhaltene wirtschaftliche Lage noch dauern wird – vor allem da die Situation im Energiebereich (sowohl was Preise als auch Verfügbarkeit insbesondere im Winter 23/24 betrifft) noch länger angespannt bleibt. Zusätzlich entwickelt sich der Fachkräftemangel immer mehr zu einem limitierenden Faktor. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Papierindustrie

Nach dem Post-Corona-Aufschwung im Frühjahr ließ die Dynamik in der Papierbranche deutlich nach und hat sich seit dem auch noch nicht erholt. Vorhandene Lagerbestände und schwache Konsumnachfrage führten zu einem geringen Auftragseingang. Insgesamt ging die Produktion um 30 Prozent zurück, während die restliche europäische Papierindustrie im Frühjahr um rund 20 Prozent an Menge verlor. Überdurchschnittlich schwach zeigte sich der grafische Sektor, etwas besser, aber auch rückläufig, Verpackungs- und Spezialsorten. In dieser volatilen Situation fallen nicht nur die Kosten für Rohstoffe (Holz, Zellstoff, Altpapier, Chemikalien) und Energie (Strom und Gas), sondern auch die Durchschnittserlöse pro Tonnen Papier. Die Lohn- und Gehaltskosten hingegen steigen mit dem neuen KV-Abschluss ab Mai. Mit dem langjährig rückläufigen Einsatz von grafischem Papier kommt es in der gesamten Branche zu Verschiebungen, auch in Österreich. Überall in der Branche laufen Programme, um zu Dekarbonisieren und die Klimaneutralität bis 2050 oder schon früher zu erreichen. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



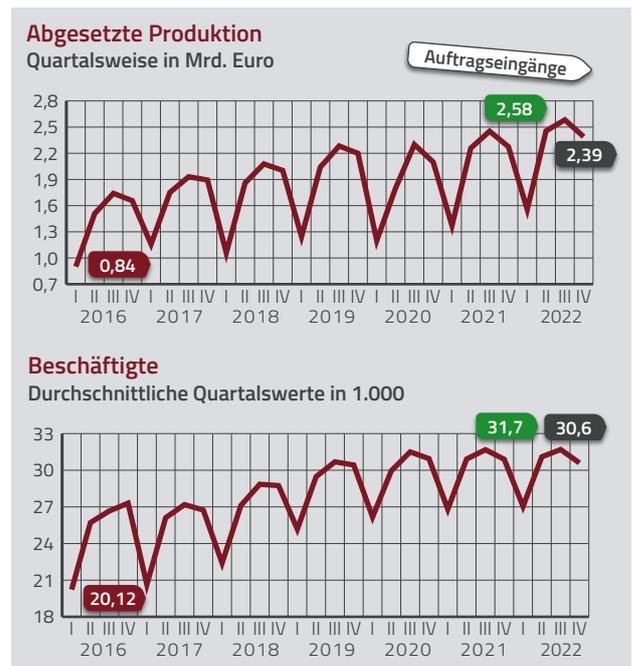
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die PROPAK Industrie ist mit einer schwierigen Situation konfrontiert, die Unternehmen kämpfen mit einer herausfordernden Auftragslage, die von vielfach vollen Lagern bei Kunden geprägt ist. Wie schon bisher zeigt sich die Situation aber sehr heterogen und mit deutlichen Unterschieden zwischen Verpackungssektor und Sonstigen Papierwaren. Die Stagflation in Österreich in Verbindung mit einer generell flachen Konjunktur sind die größten Herausforderungen für die Branche. Der hohe Lohnabschluss, die unvorhersehbaren Kostenentwicklungen und teils unverändert hohen Rohmaterialpreise verschärfen den Wettbewerb, bei einem Exportanteil von 77 Prozent sind vor allem die international tätigen Firmen gefordert. Dazu kommt die Diskussion um die neue europäische Verpackungsregelung, die ohne Not durch undifferenzierte Mehrwegquoten das bestens funktionierende Recyclingsystem für Papier in Frage stellt und Teile der Branche bedroht. Die nachhaltigen Assets der Branche wie geschlossene Kreisläufe, hohe Innovationskraft und verlässliche Servicequalität stehen mehr denn je im Fokus der PROPAK Industrie. ■



Bauindustrie

Wie bereits zu Jahresbeginn ist die Stimmungslage bei den ausführenden Bauunternehmen durchwachsen und je nach Bausparte bereits alarmiert. Im privaten Wohnbau, insbesondere im Einfamilienhausbereich, die sinkenden Bewilligungszahlen ließen es bereits erwarten, ist die Neubau-Nachfrage stark eingebrochen. Aufgrund hoher Baukosten und gestiegener Finanzierungshürden wurden zum Teil bereits baureife Projekte gestoppt. Hohe Energiekosten und Klimaschutz beleben mittelfristig den Sanierungssektor. Im Wirtschaftsbau werden derzeit noch bestehende Aufträge abgearbeitet. Die Nachfrage ist derzeit noch zufriedenstellend, hängt allerdings stark von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Mittelfristig noch deutlich besser ist die Auslastung im Infrastrukturbau. Insbesondere im Verkehrsbereich und Energiesektor wird eine stabile Auftragslage erwartet. Die starke Energieabhängigkeit vieler Baustoffproduzenten und der starke Einfluss der Energiepreise auf die Verbraucherpreise lassen kurzfristig keine maßgebliche Kostenentspannung erwarten. Auch wenn in einigen Bereichen immer noch ein Mangel an qualifizierten Beschäftigten besteht, sinken die durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen im Hoch- und Tiefbau gegenüber dem Vorjahr weiter ab. ■



Holzindustrie

Die Auftragslage in der heimischen Holzindustrie hat sich im Vergleich zum Vorjahr stark verschlechtert, insbesondere aufgrund des rückläufigen Bauwesens. Auch die Möbelindustrie verzeichnet einen leichten Rückgang, wenngleich die Lage noch zufriedenstellend ist. Aufgrund der gedämpften Nachfrage ist die Produktion entsprechend verhalten, während die Möbelindustrie zwar stabil, aber nicht vollständig ausgelastet ist. Positiv zu vermerken ist, dass Materialengpässe kein Problem mehr darstellen. Die wichtigsten Exportmärkte, insbesondere in Mitteleuropa, verzeichnen deutliche Rückgänge, und auch die Weltmärkte zeigen keine Impulse. Die Preise stehen unter Druck, da die Absätze zurückgehen und die Produktions- und Energiekosten steigen. Dies stellt eine zunehmende Herausforderung für die Unternehmen dar. Die Rohstoffpreise bleiben hoch, die Personalkosten steigen und die Energiekosten bleiben auf einem hohen Niveau. Die künftige Preisgestaltung wird somit deutlich schwieriger. Obwohl das Beschäftigungsniveau stabil ist, besteht ein massiver Mangel an Lehrlingen und Fachkräften. Während einige neue Projekte abgeschlossen werden, sind nur wenige nennenswerte Neuinvestitionen bekannt. ■



Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Der Inlandsmarkt ist durch die anhaltend hohe Handelskonzentration unverändert angespannt und lässt für viele Unternehmen nach wie vor keine wirtschaftlich notwendigen Spielräume zu. In den letzten 12 Monaten (Mai 2022 bis April 2023) betrug die Gesamtinflation durchschnittlich 9,9 Prozent, im Bereich der Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränke sogar 13,8 Prozent. Die heimische Lebensmittelindustrie ist seit 2021 mit einer historischen Kostenwelle konfrontiert, die zu Verwerfungen am Markt führt. Die aktuellen Gespräche zwischen den Lebensmittelherstellern als Lieferanten und dem österreichischen Lebensmittelhandel als Abnehmer gestalten sich derzeit besonders schwierig. Es gibt im Lebensmitteleinzelhandel wegen den Teuerungen deutliche Verschiebungen in Richtung Preiseinstiegssegmente. Die Verkaufspreise für die Bevölkerung werden vom Lebensmittelhandel festgelegt – dazu kommen Listungsgebühren, Beiträge für Rabatte, Aktionen und Werbemaßnahmen, die teilweise oder zur Gänze von den Herstellern zu tragen sind. Die hohe Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel – REWE, Spar, Hofer und Lidl haben rund 90 Prozent Marktanteil in Österreich – schafft eine starke Verhandlungsposition des Handels zu Lasten der Lieferanten. ■



Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Bekleidungsindustrie: Steigende Aufträge und Umsätze können die weiterhin angespannte Kostensituation bedingt durch die hohe österreichische Inflation und die zu erwartenden Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht wettmachen. Deswegen bleiben die Erwartungen für die Unternehmen der Bekleidungsindustrie trotz sich verbessernden Konjunkturklimas zurückhaltend.

Schuhindustrie: Die Auftragslage ist durch die hohen Lagerbestände bei den Kunden, hohe Inflation und Kaufzurückhaltung der Konsumenten immer noch sehr schwierig. In der Produktion gibt es bei der Materialversorgung wenig Einschränkung, wird durch die verringerte Auftragslage jedoch reduziert. Zur Abdeckung der Kosten sind Preisanpassungen notwendig, können aber nicht direkt im Produkt weitergegeben werden.

Textilindustrie: Die hohen Energiekosten, Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe sind für die Unternehmen eine Herausforderung und bereiten nach wie vor starke Probleme. Im Jahr 2022 weist die Produktion nach ÖNACE 13 trotzdem ein Plus von 7,1 Prozent und die Beschäftigten eine Steigerung von 1,1 Prozent auf. Laut Wifo-Bericht vom April 2023 meinten 48,1 Prozent der befragten Unternehmen, dass die zukünftige Entwicklung der eigenen Geschäftslage wenig einschätzbar ist. ■



NE-Metallindustrie

Die geopolitisch schwierige Lage, die anhaltend hohen Energiepreise und die hohe Inflation wirken nach wie vor dämpfend auf die wirtschaftliche Stimmung in der NE-Metallindustrie. Trotz dem die Wachstumsprognosen von großen Unsicherheiten und Abwärtsrisiken geprägt sind, erweist sich die tatsächliche Geschäftsentwicklung resilienter als ursprünglich prognostiziert. Die teilweise massiven Preissteigerungen für Rohstoffe und Energie in der Produktion können nur teilweise an die Abnehmer weitergegeben werden und reduzieren die Ertragskraft erheblich. Insbesondere die höheren Energiekosten und die in den letzten Jahren stärker gestiegenen Lohnkosten führen zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber den wichtigsten europäischen Mitbewerbern. Im Bereich der Walzwaren sind Absatzrückgänge insbesondere im Bereich der industriellen Anwendungen festzustellen, im Bereich der Luftfahrt, Automobilindustrie und Verpackungsindustrie konnten leichte Mengenanstiege verzeichnet werden. Auch im Bereich Presswaren entwickelt sich die Nachfrage aus dem Bereich der Automobilindustrie und aus dem Bereich Energie positiv. Der nach wie vor anhaltende Trend zur E-Mobilität auf den Automobilmärkten und die zunehmende Automatisierung und Elektrifizierung bewirken eine höhere Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten. ■



Metalltechnische Industrie

Die Neuaufträge in der Metalltechnischen Industrie sind seit Sommer 2022 rückläufig, allerdings deutlich langsamer als noch im Herbst befürchtet. Im Maschinenbau stabilisieren die hohen Auftragsbestände aus dem Vorjahr die Produktion und sorgen nach wie vor für Wachstum. Dort konnten Aufträge aufgrund der angespannten Lieferkettensituation nicht ausgeführt werden, daher stehen wir im Maschinenbau bei einem hohen Auftragsbestand bei gleichzeitiger schwachen Neuaufträgen. In der Metallwarenindustrie geht die Produktion schon seit zwei Quartalen zurück. Die schwache globale Industriekonjunktur zeigt dort schon große Auswirkungen. Aufgrund der hohen Kosten für Vormaterialien, Personalkosten und Energie, schrumpfen die Margen und damit die Profite der Unternehmen deutlich. Das hat negative Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft. Gleichzeitig verteuert sich die Investitionsfinanzierung aufgrund steigender Kreditzinsen. Diese Ausgangslage führt zu schwacher Industrienachfrage. Die Beschäftigung steigt, aufgrund der angespannten Situation am Arbeitsmarkt ist das Arbeitskräfteangebot aber ein limitierender Faktor in der Produktion. Wir gehen von einer schwachen konjunkturellen Entwicklung in der Metalltechnischen Industrie in den nächsten Monaten aus.

Fahrzeugindustrie

Die Auftragseingänge haben sich im 1. Quartal stabilisiert. Der anhaltende Mangel an Fachkräften erschwert die Personalsuche und wird zunehmend als limitierender Wachstumsfaktor gesehen. Beim Beschäftigtenstand wird ein leichter Anstieg verzeichnet. Die Produktion ist stabil und leicht steigend, wobei Probleme in der Lieferkette nach wie vor auftreten. Hier wird eine leichte Entspannung wahrgenommen. Exporte werden als stabil eingestuft. Die Kostensteigerungen für Vormaterialien haben sich verlangsamt, wobei eine Kompensation der Summe der Mehrkosten oft nicht realisierbar ist. Die Kostensteigerungen beim Personal erschweren die internationale Wettbewerbssituation. Das Investitionsklima ist von Unsicherheiten geprägt und zurückhaltend. In manchen Bereichen finden transformative Investitionen statt. Wiederholt bemängelt werden die unzureichenden Fördermöglichkeiten im Produktionsumfeld, weshalb zögerlich investiert wird.

Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



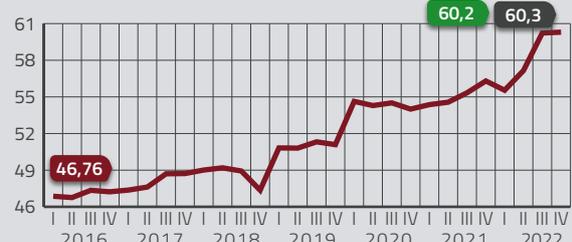
Elektro- und Elektronikindustrie

Der im Vorquartal noch vorherrschende leichte Optimismus in der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie, ist im 2. Quartal einer von Stagnation geprägten Stimmung gewichen. Neben einer schwächelnden Weltkonjunktur bereitet vor allem die hartnäckige Inflation den Unternehmen Sorge und verhindert eine nachhaltige Entspannung bzw. solide Wachstumsniveaus. Im Vergleich zum Vorjahr gab es in der Produktion nur geringe Zuwächse und auch die Auftragssituation verzeichnete kaum Steigerungen. Positiv ist anzumerken, dass sich das Problem des Bauteilmangels bzw. der unterbrochenen Lieferketten weiter verbessert, wenngleich vereinzelt nach wie vor Engpässe bestehen. Auch die geopolitischen Risiken sind hier zu erwähnen, welche tiefgreifende Entspannungen bei den Lieferketten erschweren, und verstärkt neue Strategien erfordern. Sehr dringend ist auch das Thema des Fachkräftemangels, wobei sich diese Problematik aufgrund der alternden Bevölkerung immer mehr zu einem generellen Personal-mangel ausweitet und somit eine hohe Priorität bei den Unternehmen aufweist. Das Investitionsklima kann aktuell als verhalten bezeichnet werden. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand: Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:
Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,
Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:
Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at
Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),
Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)
www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Digital Distillery GmbH

Coverbild: Zumtobel/Michael Gunz

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Georg Knill, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Nikias Dick, Peter Luptacik, Helene Tuma, Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, A-2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich

ISSN: 1023-8387

